

Bangladesch

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19
Diversität in den Sicherheitskräften	21

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	22
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	31
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	34
Unerlaubte Wiederausfuhr	37
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die Streitkräfte Bangladeschs umfassen insgesamt 173.650 aktive Soldat:innen und sind damit nach Indien, Pakistan und Sri Lanka die größten Streitkräfte in Südasien. Militärisches Personal aus Bangladesch ist an einer Vielzahl internationaler VN-Missionen beteiligt. Mit rund 6.600 für UN-Friedensmissionen abgestellten Streit- und Polizeikräften war Bangladesch 2023 der weltweit größte Truppensteller für die Vereinten Nationen – derzeit ist es drittgrößter Truppensteller.

Bangladesch modernisiert seit 2009 seine Streitkräfte. Seitdem ist sowohl ein deutlicher Anstieg der Militärausgaben als auch ein konstanter Anstieg der Rüstungsimporte zu beobachten. Dementsprechend nahm Bangladesch zwischen 2020 und 2024 die 48. Stelle (2019 – 2023: 26. Platz) unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war dabei der mit Abstand wichtigste Lieferant, gefolgt der Türkei und dem Vereinigten Königreich. Deutsche Rüstungsexporte spielten für Bangladesch bis 2019 nur eine marginale Rolle. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland zwar regelmäßig Rüstungsgüter in das südasiatische Land, zumeist jedoch in einem Volumen von unter einer Millionen Euro. 2019 erreichten die deutschen Rüstungsexporte mit 45,4 Millionen Euro für den Export von Flugzeugen und Teilen für Kampfflugzeuge jedoch einen Höchstwert. 2021 wurden zudem 24 G-120TP Trainingsflugzeuge geordert, die bis Ende 2022 geliefert wurden.

Die Rüstungsindustrie in Bangladesch ist überwiegend staatlich kontrolliert und verfügt, auch im regionalen Vergleich, bislang nur über geringe Kapazitäten. Im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms wird der Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie jedoch vorangetrieben, insbesondere durch die Kooperation mit chinesischen Unternehmen. Langfristig soll so die starke Abhängigkeit des Militärs von Waffenimporten verringert werden, was in den letzten Jahren auch teilweise schon erreicht wurde, insb. im maritimen Bereich.

Das Militär spielt in Bangladesch eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die politische Geschichte des seit 1971 unabhängigen Landes. Noch 2007 wurde die Armee im Inland eingesetzt, um die gewaltsamen Ausschreitungen und oppositionellen Proteste für eine Wahlrechtsreform zu zerschlagen. Bei den Massenprotesten im Jahr 2024 spielten sie hingegen eine wichtige Rolle, indem sie (ab einem gewissen Eskalationspunkt) den aktiven Schießbefehl verweigerte und somit der Protestbewegung ermöglichte, ihre Ziele durchzusetzen. Zudem ermöglichte die Armee die Einsetzung einer zivilen Übergangsregierung. Der wirtschaftliche Einfluss des Militärs ist aber enorm. Viele Unternehmen, nicht nur im Rüstungsbereich, werden von ranghohen Militärs geführt. Die wirtschaftlichen Interessen des Militärs sind mittlerweile auf beinahe alle wichtigen Sektoren verteilt. So gehören dem Militär Unternehmen in den Bereichen Lebensmittel, Textilien, Bekleidung, Elektronik, Finanzen, Immobilien und Reisen.

Medienberichten zufolge sind die Geheimdienste des Landes maßgeblich an politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Auch der Polizei und anderen Sicherheitskräften, insbesondere dem Rapid Action Bataillon (RAB), einer hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichteten Spezialeinheit, werden Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vorgeworfen. 2021 wurde das RAB daraufhin mit Sanktionen der US-Regierung belegt. Menschenrechtsorganisationen forderten, dass RAB-Personal nicht mehr an UN-Friedensmissio-

nen beteiligt werden sollte. Vor allem im Kampf gegen die Drogenkriminalität dokumentieren lokale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen gegenwärtig eine Welle außegerichtlicher Tötungen durch bangladeschische Sicherheitskräfte. Innerhalb des Militärs und anderer Sicherheitskräfte wie dem bangladeschischen Grenzschutz (ehemals Bangladesh Rifles) gab es schon in der Vergangenheit immer wieder schwere Konflikte, welche mit Gewalt und Menschenrechtsverletzungen einhergingen und oftmals nicht ausreichend aufgeklärt wurden. Auch bei den Massenprotesten 2024 spielten diese Einheiten eine ausgesprochen fatale Rolle. So kamen laut einem aktuellen OHCHR-Bericht rund 1.400 Menschen ums Leben, weitere tausende Menschen wurden teils schwer verletzt und inhaftiert.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Gegen Bangladesch verhängen derzeit weder die EU noch die UN ein Waffenembargo. Das Land ist Mitglied zahlreicher völkerrechtlicher Abrüstungsverträge, ist dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 jedoch nicht beigetreten. Den internationalen Waffenhandelsvertrag unterzeichnete es zwar bereits 2013, ratifizierte ihn bislang jedoch nicht.

Bangladesch ratifizierte alle internationalen Menschenrechtsabkommen. Die Verfassung schreibt die Sicherung grundlegender Menschenrechte fest. Dennoch gilt die Menschenrechtssituation im Land als sehr problematisch. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten unter anderem über außegerichtliche Hinrichtungen, Folter und weitere Repressionen gegen Regierungskritiker:innen, insbesondere Journalist:innen, durch staatliche Sicherheitskräfte. Zudem herrscht ein Klima der Straflosigkeit. Auch Eingriffe in die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Menschenhandel, Kinderarbeit, sexualisierte Gewalt gegen Frauen sowie die Kriminalisierung von LGBTQIA+ Personen stellen weiterhin gravierende Probleme dar.

Bangladesch ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung. Häufig kommt es zu Gewalt zwischen politischen Gegner:innen. Besonders besorgniserregend sind die Konflikte zwischen der Regierung und indigenen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts, einer Provinz im Südosten des Landes, sowie die Spannungen infolge der massenhaften Vertreibung der Rohingya aus dem Nachbarland Myanmar. Derzeit halten sich etwa 960.000 geflüchtete Rohingya in Bangladesch auf (Stand: August 2024). In den überfüllten Lagern in der Region Cox's Bazar leben sie unter höchst prekären Bedingungen. Zudem entstehen Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung. Die Regierung verfolgt langfristig das Ziel, die geflüchteten Rohingya in ihr Herkunftsland zurückzuführen. Bereits 2020 begann sie mit der Umsiedlung von Rohingya auf die abgelegene Insel Bhasan Char im Golf von Bengalen. Sowohl in den Flüchtlingslagern als auch auf der Insel schränkt der Staat die Rechte und Handlungsmöglichkeiten der geflüchteten Rohingya stark ein; zudem sind sie in besonderem Maße Naturkatastrophen ausgesetzt.

Das Verhältnis zu Myanmar bleibt durch die Vertreibung der Rohingya von schweren Vorwürfen belastet. Die ehemalige Premierministerin Hasina Wajed verurteilte die vom Militär Myanmars verübten Gräueltaten gegen die Rohingya als Genozid. Immer wieder schießen myanmarische Grenzposten auf Geflüchtete, die versuchen, nach Bangladesch zu gelangen.

Trotz verstärkter Anstrengungen der nationalen Sicherheitsbehörden stellt die illegale Verbreitung von Waffen – insbesondere von Klein- und Leichtwaffen – in Bangladesch sowie in den Grenzregionen zu Indien und Myanmar weiterhin ein großes Problem dar. In Bangladesch zirkulieren mehr als 400.000 illegale Kleinwaffen. Teile der illegal gehandelten Waffen stammen aus Beständen von Polizei und Militär. Vor allem im Bereich der Klein- und Leichtwaffen besteht ein hohes Risiko, dass Waffen aus staatlichen Arsenalen verschwinden und über Schwarzmarkt und Schmuggel in die Hände nichtstaatlicher Gewaltakteure im In- und

Ausland gelangen. Zuletzt verschwanden im Zuge von Plünderungen zahlreicher Polizeistationen während der Massendemonstrationen im Jahr 2024 viele Klein- und Leichtwaffen aus staatlichen Beständen. Bislang stellte der Staat im Rahmen eines Amnestieprogramms nur einen Teil dieser Waffen wieder sicher.

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 44,2 % sind deutlich weniger Frauen (15-64 Jahre) in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (80,9 %). Bangladesch liegt damit unter dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49,1 %). Es besteht zudem ein enormes Lohngefälle: 2023 verdienten Frauen mit einem kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommen von 5.280 US-Dollar nur rund 45 % so viel wie Männer (11.820 US-Dollar). Während die Einkommenslücke in absoluten Zahlen von 2014 um 1.373 Dollar anstieg (von 5.167 auf 6.540 Dollar) sank das relative Lohngefälle in der letzten Dekade um rund 11 Prozentpunkte: 2014 lag der relative Anteil des Einkommens von Frauen, gemessen an dem von Männern, noch bei 34 %.

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 2.820 US-Dollar (2024) gehört Bangladesch der Weltbank zufolge gegenwärtig zu den Ländern mit niedrig-mittlerem Einkommen („lower-middle income economies“). 2021 lag das BIP-Wachstum wieder bei 6,9 % und seither jährlich nie unter 4,2 %. Zurückzuführen ist das hohe Wirtschaftswachstum insbesondere auf eine zunehmende industrielle Produktion. Bangladesch konnte seine Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt nur leicht zu diversifizieren; diese ist im Hinblick auf das Einkommensniveau des Landes daher unterdurchschnittlich komplex.

Bangladesch nimmt auf dem Human Development Index (HDI) 2023 Platz 130 von 193 Ländern ein. Mit einem HDI-Wert von 0,685 gilt Bangladesch in den HDI-Kategorien als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“. Zwar sind die Anteile am BIP der Ausgaben für Bildung und Gesundheit größer als der Anteil der Militärausgaben (2024: 0,9; durchschnittlich 1,1 %), die absoluten Militärausgaben sind jedoch in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, auf fast vier Milliarden US-Dollar in 2024. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) des bicc liegt Bangladesch 2024 auf Platz 118 unter 151 Staaten und weist folglich nur einen schwachen Militarisierungsgrad auf.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Kriegsschiffe: 60,9% Elektronische Ausrüstung: 31,9%	6,6
2000	Übungsmunition: 77,9% Nuklear/Chemisches Warnsystem: 14,6%	0,66
2001	Revolver, Pistolen, Sportpistolen und -revolver, inkl. -teile: 69,5% Munition für Revolver und Pistolen: 17,6%	0,17
2002	Gepanzerte Geländewagen [Personenschutz]: 36,9% Teile für Funkanlagen: 32,5% Übungsmunition: 27,2%	0,72
2003	VHF/FM-Sende- und Empfangsgeräte: 98,8%	0,1
2004	Übungspatronen: 65,3% Funkgeräte, Wanderfeldröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung: 34,4%	0,25
2005	Geländewagen: 48,9% Teile für Sonaranlagen: 37,5%	1,14
2006	Geländewagen und Teile für militärische Landfahrzeuge: 99,9%	0,12
2007	---	---
2008	Übungspatronen: 77,1% Motoren für LKW: 19,4%	0,37
2009	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 99,8%	10,49
2010	Teile für Sonaranlagen: 60,7% Kabinendachverglasungen: 26,7%	0,1
2011	Minenschutzanzüge: 91,7%	0,36
2012	Teile für Küstenschutzboote: 89,1%	0,36
2013	Teile für Torpedos und Täuschkörper: 57,8% Munition für Jagdflinten und Sportflinten: 42,2%	0,1
2014	Munition für Jagdflinten und Sportflinten: 51,6% Kabinendachgläser für Trainingsflugzeuge: 48,3%	0,1
2015	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 94,8%	1,41
2016	Teile für LKW: 99,0%	0,1

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [World Bank] und Teile für ballistischen Schutz [World Bank]: 97,1%	0,4
2018	Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung: 61,3% Bildverstärkerröhren: 22,6%	6,94
2019	Flugzeuge und Teile für Kampfflugzeuge, Flugzeuge, Transportflugzeuge: 89,5%	45,4
2020	Bildverstärkerröhren: 98,8%	4,02
2021	Teile für Fähren und Brücken: 43,6% Waffenzielgeräte: 25,5% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 15,2%	1,97
2022	Waffenübungsgeräte und Teile für Waffenübungsgeräte: 48,5%; Nachtsichtgeräte und Wärmebildausrüstung: 43,1%	8,38
2023	Panzerabwehrwaffen: 88,6%	6,56
2024	Wärmebildausrüstung und Kartenbildradar-Sensorausrüstung: 52,3% Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung und Verschlüsselungsausrüstung: 43,3%	14,34

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

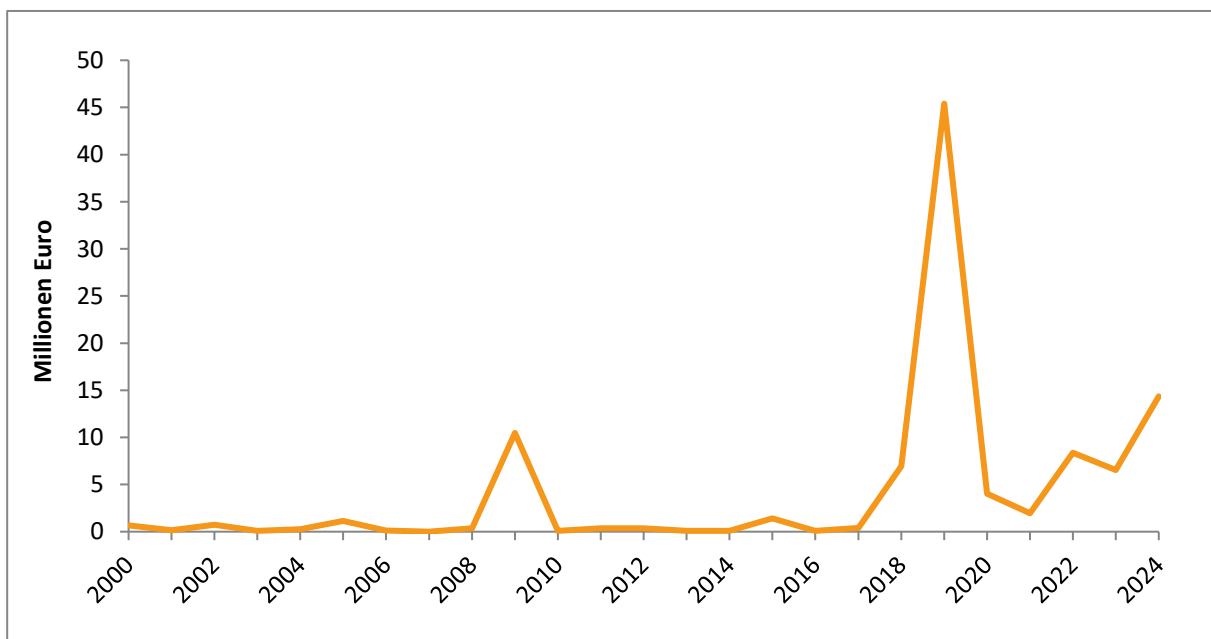


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Bangladesch 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
1	ASO-90	ASW-Sonar	(1998)	2001	1	Neuwertig
2	Do-228MP	Seefernaufklärer	2011	2013	2	Neuwertig
2	Do-228MP	Seefernaufklärer	2017	2021- 2022	2	Neuwertig
24	G-120TP	Trainingsflugzeuge	2021	2021- 2022	24	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Bangladesch zählt nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland zwar regelmäßig Rüstungsgüter in das südasiatische Land – darunter gepanzerte Geländewagen, Jagd- und Sportflinten, Munition, Teile für Küstenschutzboote und Minenschutzanzüge – zumeist jedoch in einem Volumen von unter einer Millionen Euro. Eine Ausnahme stellt u. a. das Jahr 1999 dar, in welchem die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern, darunter ein ASO-90 ASW Sonar für eine DW-2000 Fregatte aus Südkorea, für 6,6 Millionen Euro genehmigte. 2009 wurden der Export von Kommunikationsausrüstung in einem finanziellen Volumen von rund 10,5 Millionen an das südasiatische Land genehmigt.

In den vergangenen zwei Jahren kann nun ein Anstieg der deutschen Rüstungsexportgenehmigungen verzeichnet werden. Betrug der Umfang der Rüstungsexporte 2017 noch rund 400.000 Euro, genehmigte die Bundesregierung 2018 Exporte in einem finanziellen Volumen von rund sieben Millionen Euro. 2019 erreichten die deutschen Rüstungsexporte mit 45,4 Millionen Euro einen neuen Höchstwert. Zurückzuführen ist dieser Genehmigungswert insbesondere auf den Export von Flugzeugen und Teilen für Kampfflugzeuge.

2011 wurden zwei Seefernaufklärer vom Typ Do-228 in der modernisierten NG-Version beim deutschen Flugzeughersteller Dornier bestellt, die sich seit 2013 im Dienst der Marine befinden und zur Überwachung des Luftraums und der Küsten eingesetzt werden. Die Flotte wurde zwischen 2021 und 2022 um zwei weitere erweitert. Zusätzlich ausgestattet werden diese mit Seaspray 5000E Multifunktionsradaren des italienischen Rüstungskonzerns Leonardo. 2021 wurden zudem 24 G-120TP Trainingsflugzeuge bestellt, die bis Ende 2022 geliefert wurden und bereits in die Luftstreitkräfte integriert wurden.

In vergangenen Jahren (2008-2010, 2012-2016, 2019 sowie 2020) wurden einige Rüstungsexporte nach Bangladesch nicht genehmigt. Die Bundesregierung begründete diese Entscheidungen mit der Missachtung der Menschenrechte, der prekären inneren Lage und der Gefahr einer unerlaubten Wiederausfuhr. Zuletzt wurden 2020 Bildverstärkerröhren im Wert von 4 Millionen Euro geliefert. 2022 wurden Waffenübungsgeräte sowie Nachtsichtgeräte und Wärmebildausrüstung im Wert von 8,38 Millionen Euro exportiert und eine Genehmigung mit Verweis auf Kriterium 2 abgelehnt. 2023 wurde ebenfalls eine Genehmigung mit Verweis auf Kriterium 2 abgewiesen und Panzerabwehrwaffen im Wert von 6,56 Millionen Euro nach Bangladesch bewilligt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Bangladesch 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	70	55	323	69	75	592

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

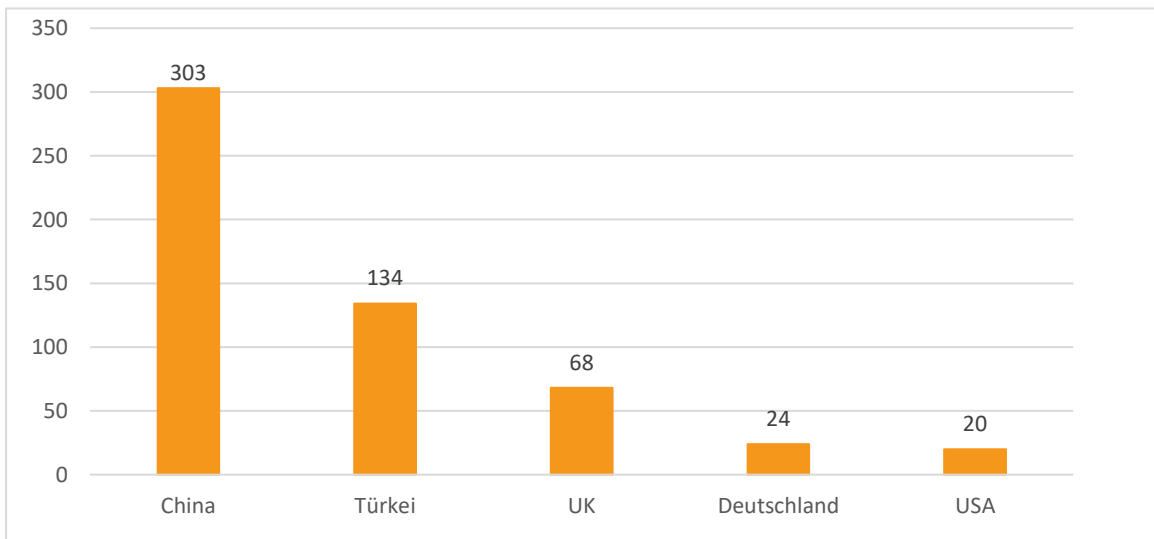
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Bangladesch 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	12	12	-	-	24

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2025) nahm Bangladesch zwischen 2020 und 2024 die 48. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war dabei der mit Abstand wichtigste Lieferant (51 %), gefolgt von der Türkei (23 %), dem Vereinigten Königreich (11 %). Während zwischen 2019 und 2023 noch Italien und Russland die nächstwichtigsten Lieferanten darstellten, sind es aktuell Deutschland (4 %) und die USA (3,4 %).

Seit 2010 ist ein konstanter Anstieg der Rüstungsimporte nach Bangladesch zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist eine Folge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“, welches 2009 begann. Im Zuge dessen sollen alle Teilstreitkräfte umfassend mit moderner Militärtechnologie ausgestattet werden. Da Bangladesch selbst über relativ geringe rüstungsproduzierende Kapazitäten verfügt, profitierten bisher insbesondere Rüstungsunternehmen aus China von der stark gestiegenen Nachfrage. So lieferte China in den vergangenen Jahren u. a. 31 WS-22 Mehrfachraketenwerfer, 16 Trainings-/Kampfflugzeuge vom Typ K-8W Karakorum sowie elf Trainingsflugzeuge vom Typ Nanchang CJ-6. An maritimen Waffensystemen exportierte China 2014 zwei gebrauchte Fregatten der Abu Bakar-Klasse, 2015 und 2019 je zwei Fregatten der Shadhinota-Klasse sowie zwei gebrauchte Fregatten vom Type-053H3, von denen 2018 zwei weitere bestellt wurden. 2016 lieferte China zwei gebrauchte, vor dem Export modernisierte U-Boote der Nabajatra-Klasse mit dazugehörigen Torpedos. Auch Korvetten (LPC-1) und Panzer (vornehmlich Type-59G und MBT-2000), wurden seit 2014 aus China bezogen. 2021-2022 wurden zudem 44 VT-5 Panzer aus China geliefert. Zudem lieferte China eine ganze Reihe verschiedener Boden-Luft-Raketen sowie entsprechender Abschussysteme (insb. FM-90) und Mehrfachraketenwerfer (WS-22). Seit 2022 wurden zudem fünf Patrouillenboote (Padma) in Lizenz in Bangladesh gebaut.

Die Türkei lieferte zwischen 2013 und 2023 224 Cobra-Mannschaftstransporter und im Jahr 2021 18 T-300 Mehrfachraketenwerfer-Systeme sowie 700 Stück entsprechender Lenk raketen des Typs TRG-300. 2023 wurden sechs bewaffnete Drohnen Bayraktar TB2 an Bangladesch geliefert, die Lieferung von weiteren sechs steht noch aus. 2024 lieferte die Türkei zudem 18 gezogene 105mm-Geschütze (Boran).

Vom Vereinigten Königreich erhielt Bangladesch im April 2024 das letzte der insgesamt fünf C-130J Hercules Transportflugzeuge, die 2018 bzw. 2019 für die Luftwaffe bestellt wurden. Des Weiteren lieferte das Vereinigte Königreich seit 2021 141 gepanzerte Mannschaftstransporter MaxxPro, zwei Bell-407 Helikopter und zwei Radare für Seepatrouillenflugzeuge.

Der italienische Rüstungskonzern Leonardo lieferte seit 2015 sechs Hubschrauber vom Typ AW139 und AW119 Koala. 2019 bestellte Bangladesch sechs Kronos Luftaufklärungsradare, von denen vier 2022 und 2023 geliefert wurden. und 2020 drei Falco-Drohnen, welche allesamt 2022 Bangladesch erreichten.

Während Chinas jüngste Verkäufe nach Bangladesch also insbesondere maritime Waffensysteme umfassen, beschränkte sich die seit 2011 gestiegene Nachfrage nach russischen Großwaffensystemen primär auf Land- und Luftwaffensysteme. So lieferte Russland zwischen 2011 und 2017 insgesamt 493 gepanzerte Mannschaftstransporter/Schützenpanzer vom Typ BTR-80. Zwischen 2015 und 2016 lieferte Russland 16 -Yak-130 Trainings- bzw. leichte Kampfflugzeuge. 16 bewaffnete Mil Mi-17 Transporthubschrauber, die mit einem russischen Kredit von einer Milliarde US-Dollar finanziert wurden, importierte Bangladesch zwischen 2015 und 2019.

Die USA spielen als Rüstungslieferant gegenwärtig nur eine sehr geringe Rolle. 2013 und 2015 schenkten die USA der Marine Bangladeschs jeweils ein gebrauchtes Schiff der Hamilton-Klasse. Zudem lieferte die USA acht Turbinen für die vier Seefernaufklärer aus deutscher Produktion. Eine Ausweitung der Rüstungskooperation wird gegenwärtig forciert, um dem

Einfluss Chinas zu begegnen. So wurden im Oktober 2019 zwei bilaterale Abkommen zur zukünftigen Intensivierung der Kooperation mit den USA im Verteidigungsbereich unterzeichnet. 2021 erhielt Bangladesch zwei leichte Bell-407 Helikopter sowie 50 gepanzerte MaxxPro Mannschaftstransporter aus den USA.

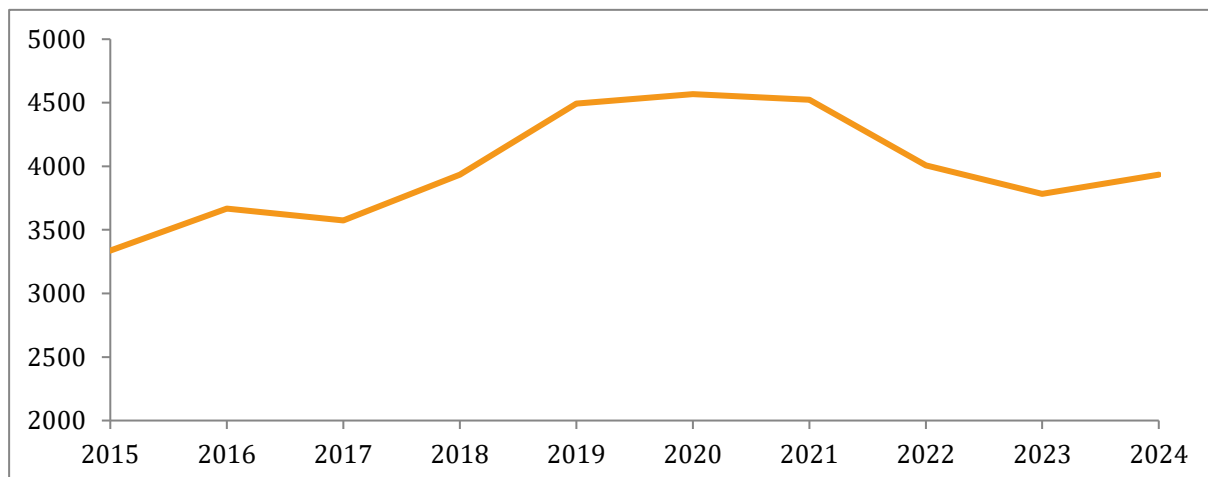
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

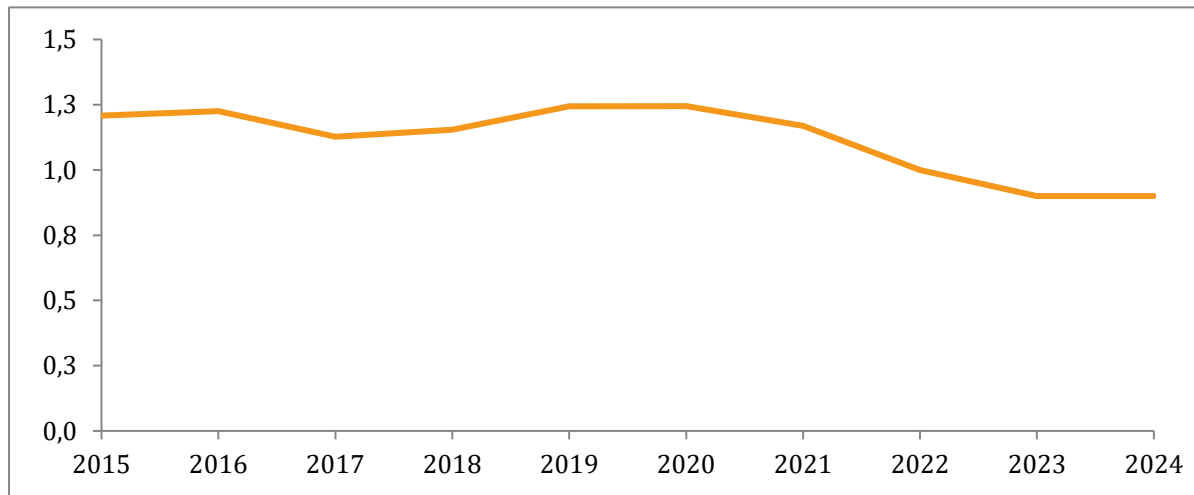
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4568	4525	4008	3783	3935
Anteil am BIP (in %)	1,2	1,2	1,0	0,9	0,9
Anteil an Staatsausgaben (in %)	9,4	9,0	7,6	7,1	6,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie in Bangladesch verfügt, auch im regionalen Vergleich, über geringe Kapazitäten. Im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“ wird der Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie, insbesondere durch die Kooperation mit chinesischen Unternehmen, jedoch gegenwärtig vorangetrieben. Langfristig soll die starke Abhängigkeit des Militärs von Waffenimporten dadurch verringert werden. Der überwiegende Anteil der Rüstungsunternehmen in Bangladesch ist staatlich kontrolliert und steht im Besitz der jeweiligen Teilstreitkraft, die das Unternehmen mit Waffensystemen und Technologien versorgt.

Der größte Rüstungskonzern des südasiatischen Landes, die Bangladesh Ordnance Factories (BOF), wurde bereits in den 1970er Jahren mit technischer und finanzieller Hilfe aus China aufgebaut. Mittlerweile umfasst BOF neun Fabriken, in denen Kleinwaffen und dazugehörige Munition, Granaten, Raketen und Artillerie-Munition produziert werden (unter anderem wird das Typ 81 Sturmgewehr der China North Industries Corporation in Lizenz produziert und das G3 Gewehr von Heckler & Koch). Beim Ausbau der Produktionskapazitäten wurde auch Technologie aus Deutschland, Italien, Belgien und Österreich verbaut. Im Jahr 2021 schloss das Unternehmen außerdem einen Vertrag mit dem türkischen Unternehmen REPKON über die Einrichtung einer 105-mm- und einer 155-mm-Artilleriegeschoss Produktionslinie. Die Produktion von MANPADS und Panzerabwehrwaffen befinden sich in Planung. Auch die Bangladesh Machine Tools Factory wurde Ende der 1970er Jahre gegründet. Produziert und repariert werden dort überwiegend gepanzerte militärische Fahrzeuge wie Trucks und SUVs. Gegenwärtig modernisiert das Rüstungsunternehmen die veralteten chinesischen Typ 59 und Typ 69-II Kampfpanzer des Heeres.

Insbesondere im maritimen Bereich existieren größere Produktionskapazitäten, deren Ausbau in den vergangenen Jahren zunehmend intensiviert wurde. Die Dockyard and Engineering Works (DEW), die seit 2007 im Besitz der Marine ist, produziert Landungsboote für die Marine sowie diverse Patrouillenboote für die Küstenwache. 2016 begann die DEW mit

dem Aufbau einer Fabrik zur Instandhaltung der zwei chinesischen U-Boote. Auch die staatliche Chittagong Dry Dock Limited, bisher auf die Wartung und Überholung ziviler Handelsschiffe beschränkt, ist seit 2019 auf der Suche nach einem internationalen Rüstungsunternehmen zur gemeinsamen Produktion von sechs Patrouillenbooten. Das größte lokale Unternehmen zur Produktion und Instandhaltung von Kriegsschiffen ist die Khulna Shipyard Limited (KSL). Gemeinsam mit der chinesischen Wuchang Shipyard produziert die staatliche Schiffswerft die bewaffnete Korvette der Durjoy-Klasse. Zudem produzierte SKL bis 2024, gemeinsam mit der China Shipbuilding Industry Corporation, fünf Patrouillenboote der Padma-Klasse für die Marine. Bereits zwischen 2011 und 2013 wurden fünf der bewaffneten Patrouillenboote im Joint Venture produziert, die später auch an regionale Bündnispartner exportiert werden sollen. Die Malediven haben für ihre Küstenwache bereits Interesse an den Patrouillenbooten bekundet.

Um langfristig auch internationale Märkte bedienen zu können, unterzeichneten Bangladeschs Wirtschaftsministerium und der niederländischen Schiffsbauer Damen im Januar 2020 eine Vereinbarung über den gemeinsamen Kapazitätsausbau und die Weiterentwicklung der lokalen Industrie für den zivilen und militärischen Schiffsbau. Auch mit Südkorea wird derzeit eine engere Kooperation forciert. Im Kontext dieser industriepolitischen Strategie konnte Bangladesch auf dem zivilen Schiffmarkt – ähnlich wie Vietnam, Brasilien und Indien – bereits zu einer internationalen Exportnation und zu einem Konkurrenten europäischer Werften avancieren.

Um langfristig auch in der Luftfahrtindustrie die technologische Abhängigkeit zu verringern, gründete Bangladesch 2011 das Bangabandhu Aeronautical Centre (BAC), welches dem Verteidigungsministerium untersteht. Ziel des BAC ist es, eine autarke Industrie zur Produktion und Instandhaltung von Flugzeugen, Drohnen, Radar- und Kommunikationssystemen aufzubauen. Dazu kooperiert die Industrie in Bangladesch insbesondere mit der chinesischen Hongdu Aviation Industry Group und den russischen Rüstungskonzernen Mil und Irkut Corporation. Eine Anlage zur Überholung der Chengdu F-7 Jagdflugzeuge wurde bereits in Zusammenarbeit mit China und der Ukraine entwickelt. 2019 wurde in Lalmonirhat der Grundstein für den Bau einer Fabrik zur Herstellung von Flugzeugen gelegt. 2024 wurde hier ein erstes eigens entwickeltes Trainingsflugzeug – der Bangabandhu Basic Trainer – vorgestellt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Keine

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

173.650 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 132.150

Marine: 27.500

Luftwaffe: 14.000

Paramilitärische Einheiten: 63.900, davon:

Ansars: 20.000

Schnelle Eingreiftruppe: 5.000

Grenztruppen: 38.000

Küstenwache: 900

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	157	157	157	163	163	163	163	171	174
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Das Militär Bangladeschs ist in drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) untergliedert. 63.900 Personen stehen zudem den paramilitärischen Einheiten des Landes zur Verfügung, zu denen neben der paramilitärischen Einheit der Ansars, die dem Innenministerium unterstehen und für den Erhalt der inneren Sicherheit zuständig sind, der Grenzschutz, die Küstenwache und eine schnelle Eingreiftruppe gehören. Im regionalen Vergleich ist das Militär personell gut aufgestellt. Mit fast 174.000 aktiven Soldat:innen verfügt Bangladesch in Südasien nach Indien, Pakistan und Sri Lanka über die größten Streitkräfte. Die Anzahl wurde seit 2022 zudem noch einmal um rund 10.000 Personen erhöht. Der Fokus liegt insbesondere auf der Landesverteidigung, dem Erhalt der innerstaatlichen Stabilität, dem Schutz der Küste sowie der Sicherung der dortigen Wasserstraßen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Katastrophenhilfe.

Bangladeschs Streitkräfte sind an einer Vielzahl internationaler VN-Missionen beteiligt. 2022 stellte Dhaka insgesamt rund 6.600 Angehörige der Streitkräfte und Polizei für internationale Friedensmissionen ab, womit Bangladesch den Vereinten Nationen weltweit in diesem Jahr den größten Anteil an Militär- und Polizeikräften zur Verfügung stellte. Die dadurch bezogenen finanziellen Rekompensationen stellen für den Staat und die Streitkräfte eine wichtige Einkommensquelle dar. Die eingesetzten Soldat:innen gelten als diszipliniert und zuverlässig; mehrfach wurde bangladeschisches Militärpersonal zu Kommandeur:innen von Friedensmissionen ernannt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	276	
Leichte Panzer	52	
Aufklärer	Mehr als 8	
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	188	
Bergepanzer	Mehr als 3	
Pionier- und Brückenlegepanzer	Einige	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	545	
Artillerie	Mehr als 907	
Panzerabwehr	238	Anzahl der rückstoßfreien Abschussgeräte; zusätzlich einige Raketen
Luftabwehr	174	Anzahl der Geschütze; zusätzlich einige Boden-Luft-Flugabwehrraketen
Transportflugzeuge	5	
Mehrzweckhubschrauber	2	
Transporthubschrauber	9	
Amphibienfahrzeuge	3	
Drohnen	6	Alle kampffähig

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das Heer ist mit über 132.150 Soldat:innen personell gut aufgestellt. Die materielle Ausstattung wurde in den vergangenen Jahren im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“ erheblich verbessert – sowohl hinsichtlich ihrer Qualität als auch der Quantität.

Zur Modernisierung der bestehenden Flotte an schweren Kampfpanzern vom Typ 59/Typ 69 wurden 2009 bspw. 300 Aufrüstsätze in China bestellt, die die Feuerkraft der schweren Kampfpanzer erhöhen sowie Panzerung und Leistung verbessern. Die Anzahl an leichten Kampf- und Amphibienpanzern soll in den kommenden Jahren erhöht werden. Bspw. wurde die Einfuhr von 44 leichten VT-5 Kampfpanzern aus chinesischer Produktion 2019 beschlossen und erfolgte 2021.

Die meist noch aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden gepanzerten Mannschaftstransporter vom Typ MT-LB wurden im Zuge des Modernisierungsprogramms überwiegend

durch BTR-80 Schützenpanzer aus Russland ersetzt, die auch im Zuge internationaler Friedensmissionen eingesetzt werden. Zur Modernisierung der Artillerie lieferte Serbien zwischen 2013 und 2018 36 neue 155mm-Haubitzen vom Typ Nora B-52. Auch mit 49 Mehrfachraketenwerfern aus China wurde die vergleichsweise stark aufgestellte Artillerie des Landes modernisiert. Zur Luftaufklärung für die Artillerie wurden 2017 36 Bramor C4EYE-Aufklärungsdrohnen aus Slowenien beschafft.

Auch die Modernisierung der Heeresflieger ist gegenwärtig in vollem Gange. Zwei Eurocopter AS365 Dauphins der N3+ Version wurden 2012 in Dienst gestellt. Sechs bewaffnete Mil Mi-171Sh Hubschrauber wurden 2016 aus Russland beschafft. Ein C-295W Transportflugzeug wurde aus Spanien gekauft; ein weiteres C-295-Transportflugzeug sowie sechs weitere Mil Mi-171Sh-Hubschrauber wurden kürzlich in die Flotte integriert.

Neben der materiellen Modernisierung der Armee, zu der auch eine deutlich verbesserte Grundausrüstung der Infanterist:innen gehört, wird gegenwärtig auch eine strukturelle Reorganisation der Teilstreitkraft forciert. So soll das militärische Personal des Heeres zukünftig in drei unabhängiger Korps – Zentral, Ost und West – untergliedert werden. Um die Einrichtung dieser neuen Struktur zu erleichtern, wurde die Gesamtgröße der Teilstreitkraft insgesamt erhöht und um drei neue Infanteriebataillone erweitert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	
Fregatten	5	
Patrouillenboote	48	
Davon Korvetten	6	
Minenboote	5	
Amphibienfahrzeuge	21	Einsatzfähigkeit von fünf Stück unklar
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	9	Einsatzfähigkeit von zwei Stück unklar

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

4 Seefernaufklärungsflugzeuge

2 leichte Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Marine ist mit 27.500 Soldat:innen die zweitgrößte Teilstreitkraft des Landes. Ihre Hauptaufgabe besteht im Schutz der Ausschließlichen Wirtschaftszone, also dem Schutz der wirtschaftlichen und militärischen Interessen des Landes im rund 118.800 Quadratkilometer großen Seegebiet am Golf von Bengalen. In der Vergangenheit kam es insbesondere aufgrund überlappender Besitzansprüche auf Öl- und Gasressourcen an den umstrittenen See-grenzen zu Myanmar und Indien zu maritimen Konflikten, die 2012 bzw. 2014 durch den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg bzw. dem Ständigen Schiedshof in Den Haag beigelegt wurden.

Das militärischen Modernisierungsprogramm des Landes sieht die Transformation der Seestreitkräfte in eine moderne, dreidimensionale Marine vor, die über Oberflächen-, Unterwasser- und Seeluftelemente verfügt. So wurde die Ausstattung und Einsatzfähigkeit der Teilstreitkraft in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert. Mehr als 20 neue Kampfschiffe wurden im Zuge von „Forces Goal 2030“ bereits in die Marine integriert, darunter eine gebrauchte Fregatte der Jianghu I-Klasse sowie zwei Fregatten der Jianghu III-Klasse. Im Dezember 2019 erhielt die Marine aus China zudem zwei gebrauchte Fregatten der Jianghu II-Klasse. Doch auch US-Amerikanische und britische Schiffe wurden in den letzten Jahren gebraucht übernommen (bspw. Hamilton- und Castle-Klasse). 2016 erhielt Bangladesch zudem zwei neue Shadhinota-Klasse Korvetten (Type-056), 2020 folgten zwei weitere. Damit stiegen allein die Schiffsabwehr-Raketenwerfer der Marine von 34 auf 84.

Seit 2017 stehen der bangladeschischen Marine zwei gebrauchte U-Boote der Ming-Klasse zur Verfügung. Die 2013 beim chinesischen Unternehmen Poly Technologies bestellten U-Boote operierten zuvor für die Marine der Volksrepublik, wurde vor ihrem Export allerdings umfassend modernisiert. Auch wenn die Technik des U-Bootes aus den 1950er Jahren stammt, erhöht das Schiff die Fähigkeiten der Marine enorm. Zwei weitere U-Boote sollen in naher Zukunft beschafft werden – insgesamt strebt Bangladesch eine Flotte von acht U-Booten an. Die ehrgeizigen Modernisierungspläne werden neben Indienststellungen von Schiffen aber auch durch die Eröffnung zweier neuer Marinebasen im März und Juli 2023 deutlich. Die im März eröffnete Basis ist zugleich die erste U-Boot-Marinebasis. Bis 2030 soll die Marine von einer Brown-Water- zu einer Green-Water-Navy ausgebaut werden. Damit wird dem Küstenschutz bzw. dem Schutz der Exklusiven Wirtschaftszone eine noch größere Bedeutung beigemessen. Zudem wurde das Marinepersonal im Jahr 2023 von 16.900 auf 25.100 und im Folgejahr nochmals um 2.400 Soldat:innen erhöht. Zwischen 2008 und 2024 wurden mindestens eine Milliarde US-Dollar in die Marine sowie weitere hunderte Millionen in marine Infrastruktur investiert.

Die Marineflieger Bangladeschs – 2011 gegründet – operieren neben zwei italienischen AW-109E Transporthubschraubern auch vier Dornier Do 228-212 aus deutscher Produktion, in denen US-amerikanische Triebwerke und britische Radare verbaut sind. Zwei der deutschen Flugzeuge wurden 2013 importiert. Zwei weitere Dornier 228 wurde zwischen 2021 und 2022 vom deutschen Flugzeughersteller General Atomics AeroTec Systems übergeben. Das Flugzeug ist zur Aufklärung, Seeüberwachung, Such- und Rettungseinsätze sowie medizinische Evakuierung und Frachttransporte befähigt.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	53	
Transportflugzeuge	17	
Ausbildungsflugzeuge	86	Davon 34 kampffähig
Transporthubschrauber	27	
Mehrzweckhubschrauber	18	
Raketen	Einige	u. a.: Archer, Alamo
Drohnen	1	Aufklärungsdrohne

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Luftwaffe, deren Hauptaufgabe in der Überwachung und Verteidigung des Luftraumes besteht, verfügt über 14.000 Soldat:innen. Unterteilt ist sie in zwei Kommandos – das nördliche und südliche Luftkommando. In letzterem wird derzeit ein neues Operationszentrum für maritime Luftunterstützungsmissionen eingerichtet. Die zwei verfügbaren Luftwaffenstützpunkte in Shaka und Cox's Bazar werden zukünftig um zwei weitere ergänzt, die sich gegenwärtig im Bau befinden. Auch forciert die Luftwaffe aktuell den Aufbau einer neuen Trainingseinheit, die drei Staffeln umfassen und die Ausbildung der Kampfpilot:innen langfristig verbessern soll. Das Land plant, seine Kampfflugzeugflotte zu rekapitalisieren, und hat in seinen Bestand an Starrflüglern und für die Ausbildung investiert.

Die Luftwaffe verfügt über 53 Jagdbomber. Darunter befinden sich unterschiedliche Versionen des chinesischen Chengdu F-7 sowie acht russische Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 Fulcrum. 2016 importierte Bangladesch u. a. 16 Chengdu F-7 BGI Kampfflugzeuge der 3.5 Generation aus China. Die Beschaffung von Mehrzweckkampfflugzeugen der 4.5 Generation ist geplant. Um den alten Bestand an Transportflugzeugen, darunter drei in den 1990er importierte Antonov An-32 sowie vier 2001 gebraucht beschaffte C-130B, zu ersetzen, wurden zwischen Juli 2019 und Januar 2020 fünf gebrauchte C-130J Transportflugzeuge aus Großbritannien importiert. Aus der Tschechischen Republik erhielt die Luftwaffe 2015 zudem drei neue L410 UVP-E20 Transportflugzeuge. 2020 lieferte China sieben kampffähige K-8 Ausbildungsflugzeuge – mittlerweile liegt der Bestand bei 15 Stück. Auch die Hubschrauberflotte wurde im Zuge des Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“ erheblich vergrößert. Zwischen 2010 und 2019 importierte Bangladesch 21 Mil Mi-171Sh Hubschrauber aus Russland, die sowohl für den Transport als auch offensiv eingesetzt werden können. Unbemannte Luftfahrzeuge mittlerer Flughöhe und mit langer Ausdauer (MALE UAVs) sollen zukünftig beschafft werden.

Box 3***Paramilitärische Einheiten***

Küstenwache:

54 Patrouillenboote

5 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 4***Peacekeeping***

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1.774 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 120 Soldat:innen

Libyen (UNSMIL): 1 Soldat:in

Südsudan (UNMISS): 1.631 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 711 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 30 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 1.421 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das Militär spielt in Bangladesch eine zentrale, aber auch problematische Rolle. Mehrere Putsche prägen bis heute die Geschichte des seit 1971 unabhängigen Landes. Der Anführer der Unabhängigkeitsbewegung und Staatsgründer Scheich Mujibur Rahman fiel 1975 einem Militärputsch zum Opfer. Seine Tochter Hasina Wajed, die von 2009 bis 2024 Premierministerin war, hielt sich damals in Deutschland auf und überlebte deshalb. Nach dem Putsch kontrollierte das Militär 15 Jahre lang das Land. General Ziaur Rahman, zunächst Armeechef und ab 1977 selbsternannter Präsident, wurde 1981 während eines Putschversuchs rivalisierender Offiziere ermordet. 1982 putschte Armeechef Hossain Mohammed Ershad und regierte bis zu den Massenprotesten von 1990 als Präsident. Seit der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie versuchten Militärvertreter:innen 1996 und 2011 erneut, die Macht zu übernehmen. Von Januar 2007 bis Dezember 2008 setzte das Militär die Regierung unter Druck und erzwang den Ausnahmezustand. General Fakhruddin Ahmed übernahm in dieser Zeit die Führung einer Übergangsregierung, die faktisch die Anweisungen der Streitkräfte umsetzte.

Auch heute beeinflusst das Militär Politik und Wirtschaft erheblich. Zahlreiche Politiker:innen stammen aus den Streitkräften. Viele Unternehmen, vor allem die größten staatlichen Rüstungsbetriebe, stehen unter der Leitung ranghoher Militärs. Das wirtschaftliche Engagement der Armee reicht jedoch weit darüber hinaus: Sie besitzt Firmen in nahezu allen bedeutenden Sektoren, darunter Lebensmittel, Textilien, Bekleidung, Elektronik, Finanzen, Immobilien und Tourismus. Zum Portfolio gehören Luxushotels, Restaurantketten und Banken. So kontrolliert das Heer beispielsweise die Trust Bank, die 2023 über 123 Filialen verfügte. Diese wirtschaftliche Macht fördert die Korruption innerhalb der Streitkräfte. Da keine Partei die

Unterstützung des Militärs riskieren will, untersucht das Parlament Korruptionsfälle nur selten. Laut dem Government Defence Integrity Index von 2020 besteht in Bangladesch deshalb ein „sehr hohes“ Korruptionsrisiko im Verteidigungs- und Sicherheitssektor – die zweitschlechteste Bewertungskategorie.

Hasina Wajed vereinte als Premierministerin zugleich das Amt der Verteidigungsministerin. Präsident Mohammed Shahbuddin fungiert als Oberbefehlshaber der Armee. Die Streitkräfte treten jedoch nicht nur nach außen auf, sondern auch im Inneren. Zwischen 1977 und 1997 führten sie im Südosten Bangladeschs Krieg gegen die Parbattya Chattahram Jana Samhati Samiti und ihre bewaffnete Organisation Shanti Bahini, die für Autonomie kämpfte. Seit 1996 schickte die Regierung die Armee regelmäßig während Wahlperioden auf die Straßen, um Proteste einzudämmen oder die Opposition einzuschüchtern. 2007 griff die Armee in Dhaka gewaltsam ein, um Demonstrationen für eine Wahlrechtsreform zu unterdrücken, und verhinderte durch massive Präsenz weitere Proteste. Bis zum Ende des Ausnahmezustands im Dezember 2008 stationierte sie Soldat:innen im ganzen Land, auch an Universitäten. Seit 2017 operieren die Streitkräfte im Distrikt Cox’s Bazar, um geflüchtete Rohingya aus Myanmar zu versorgen und zu schützen. Während der Covid-19-Pandemie überwachte die Armee Quarantänezentren und zwang in Städten soziale Distanzierung durch, um die Ausbreitung einzudämmen.

Im Jahr 2024 versuchte die Regierung, die Massenproteste gegen Hasina Wajed zunächst mit Polizei, paramilitärischen Einheiten wie dem Rapid Action Battalion und dem Grenzschutz sowie mit Geheimdiensten niederzuschlagen. Sicherheitskräfte setzten Tränengas und scharfe Munition ein und töteten laut einer UN-Untersuchung rund 1.400 Menschen, weitere Tausende erlitten schwere Verletzungen. Ende Juli griff schließlich auch die Armee ein: Sie beteiligte sich an Razzien gegen Demonstrierende, eröffnete teilweise selbst das Feuer und schützte die Zivilbevölkerung nicht vor Übergriffen anderer Einheiten. Jüngere Offiziere verweigerten jedoch zunehmend den Schießbefehl. Am 3. August erklärte die Armeeführung öffentlich, sie wolle „ihre Hände nicht mit dem Blut der Bürger beschmutzen“. Zwei Tage später floh Hasina Wajed. Die Streitkräfte ebneten daraufhin den Weg für die zivile Interimsregierung unter Professor Muhammad Yunus.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Der Sicherheitsapparat Bangladeschs besteht neben der Armee aus der Polizei und einigen, teilweise unter konkurrierenden Mandaten arbeitenden paramilitärischen Einheiten, die allesamt dem Innenministerium unterstehen: Dem Rapid Action Bataillon (Personal: 5.000),

eine hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichtete Spezialeinheit; den Ansars (20.000+), die die Behörden bei der Wahrung der inneren Sicherheit und Strafverfolgung unterstützen; dem Grenzschutz (zuvor Bangladesh Rifles; 38.000) und der Küstenwache (900).

Das Directorate General of Forces Intelligence (DGFI) und die National Security Intelligence (NSI) sind die beiden primären Geheimdienste mit sich überschneidenden Verantwortlichkeiten und Kompetenzen. Beide sind sowohl für nachrichtendienstliche Aufgaben im Innern wie auch nach außen verantwortlich und direkt dem Premierminister:in in der Funktion als Verteidigungsminister:in unterstellt. Medienberichten zufolge waren DGFI und NSI maßgeblich an politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen beteiligt, u. a. gegenüber Mitgliedern der Opposition. Auch der Polizei und anderen Sicherheitskräften, insbesondere dem Rapid Action Bataillon, werden Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vorgeworfen. Dadurch sollen Geständnisse, Informationen von mutmaßlichen Militanten und Mitgliedern politischer Oppositionsparteien sowie Bestechungsgelder erzwungen worden sein. 2021 wurde das RAB daraufhin mit Sanktionen der US-Regierung belegt. Menschenrechtsorganisationen forderten, dass RAB-Personal nicht mehr an UN-Friedensmissionen beteiligt werden solle. Fast alle genannten Einheiten machten sich auch im Zuge der jüngsten Protestwelle (Mitte 2024) einer Reihe schwerer Verbrechen schuldig (siehe auch das vorherige [Kapitel](#)).

Insbesondere im Kampf gegen Drogenkriminalität dokumentieren lokale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen gegenwärtig eine Welle außergerichtlicher Tötungen durch bangladeschische Sicherheitskräfte. Laut Amnesty International sind allein 2018 insgesamt 466 Menschen im Zuge einer Anti-Drogen-Kampagne getötet worden. Die Sicherheitskräfte bedienen sich dabei eines wiederkehrenden Musters, um illegale Tötungen zu vertuschen, wenn sie behaupten, die Todesfälle seien das Resultat von Schusswechseln.

Verbrechen von Polizeibeamt:innen und anderen Sicherheitskräften werden nur selten strafrechtlich verfolgt. Die zivilen Behörden verfügen zwar über wirksame Mechanismen, um das Militär, die Polizei und andere Sicherheitskräfte zu kontrollieren und Missbrauch sowie Korruption innerhalb der Sicherheitskräfte zu untersuchen und zu bestrafen. In der Praxis werden diese Mechanismen allerdings nur selten genutzt. Bedienstete mit politischen Beziehungen zur Regierungspartei besetzten viele der Schlüsselpositionen in den Strafverfolgungsbehörden. Aufgrund langwieriger Gerichtsverfahren und Angst vor Vergeltung zögern Kläger:innen häufig, die Polizei in Strafsachen zu beschuldigen. Das Resultat ist ein Klima der Straflosigkeit. Wie sich Straflosigkeit unter der aktuellen Intersimsregierung ausgestaltet, kann noch nicht abschließend geklärt werden. Allerdings werden einige im Zuge der jüngsten Proteste begangene Verbrechen derzeit durchaus juristisch aufgearbeitet.

Korruption ist im bangladeschischen Sicherheitsapparat weit verbreitet. Dem Corruption Perceptions Index der Nichtregierungsorganisation Transparency International zufolge belegte Bangladesch 2023 Platz 149 von 180 Ländern. Auch die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht auf ein hohes Maß an Korruption unter den Sicherheitskräften hin.

2009 kam es bei Einheiten der Bangladesh Rifles, dem paramilitärischen Grenzschutz, zu Meutereien, die nicht politisch motiviert waren. Hintergrund der Auseinandersetzungen waren Forderungen nach einem höheren Sold und besseren Aufstiegschancen für die Grenzschützer:innen. In diversen Städten kam es zu Kampfhandlungen mit den staatlichen Streitkräften, bei denen mindestens 74 Menschen, darunter hochrangige Militärbeamt:innen, getötet wurden. Die bangladeschische Armee schritt ein, um die Meuterei zu beenden. Die Tötungen wurden nicht vollständig aufgeklärt und nicht alle Täter*innen strafrechtlich verfolgt. Verdächtige wurden allerdings auch teilweise willkürlich verhaftet und festgehalten und hatten keinen ausreichenden Zugang zu juristischer Unterstützung.

Diversität in den Sicherheitskräften

Die Rolle von Frauen im Sicherheitssektor Bangladeschs hat sich seit den 2000er-Jahren zwar sichtbar erweitert, bleibt jedoch begrenzt. Für LGBTQIA+-Personen bestehen weiterhin erhebliche rechtliche und institutionelle Hürden. Zwar existieren keine formalen gesetzlichen Bestimmungen, die etwa homosexuelle Personen ausdrücklich vom Militärdienst ausschließen; aufgrund der Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen sowie massiven Repressionen gegen trans- und intersexuelle Personen und entsprechender möglicher disziplinarischer Konsequenzen gilt ein offener Dienst von LGBTQIA+-Personen in Militär und Polizei als praktisch unmöglich.

Frauen wurden hingegen ab dem Jahr 2000 erstmals als reguläre Offiziersanwärterinnen in die Streitkräfte aufgenommen, zunächst vor allem in Unterstützungsfunktionen etwa im medizinischen Bereich. Die Rekrutierung von Soldatinnen begann erst deutlich später, im Jahr 2013. Bis heute werden Frauen aber nicht in Infanterie- oder Artillerieeinheiten rekrutiert. Verschiedenen Angaben zufolge lag ihr Anteil in den Streitkräften 2020 bei 20 % oder 2022 bei 2 %. Insb. in Führungspositionen sind Frauen (5 % aller weiblichen Streitkräfte) weiterhin stark unterrepräsentiert. 2018 wurde mit Susane Giti erstmals eine Frau zum Major General befördert. Obwohl Bangladesch ein früher Befürworter der Women-Peace-and-Security-Agenda (WPS) war, verabschiedete das Land erst 2019 den ersten entsprechenden Nationalen Aktionsplan, dessen Umsetzung durch die Covid-19-Pandemie verzögert wurde. Damit bekennt sich Bangladesch zu den Zielen der WPS-Agenda und setzte 2020 Gender-Berater:innen für alle drei Teilstreitkräfte ein. Die Streitkräfte verfolgen eine Zielquote von 17 % Frauen in Offiziersrängen und mind. 6,5 % Frauen in Soldaten-/Unteroffiziersrängen.

Auch im Polizeisektor ist der Frauenanteil sehr niedrig, wenngleich Frauen hier erstmals 1976 als uniformierte Beamtinnen eingestellt wurden und auch hier in den letzten Jahren einzelne institutionelle Maßnahmen zur Förderung weiblicher Beschäftigter eingeführt wurden. Bereits im Strategic Plan der Polizei für den Zeitraum 2008–2010 wurden „gender neutrality“ und „gender equality“ als institutionelle Ziele formuliert. 2011 wurde zudem ein vollständig weibliches Polizei-Battalion eingerichtet. Gleichwohl bleibt die Repräsentation von Frauen auch hier stark begrenzt: 2024 lag der Anteil insgesamt bei 8,6 % und im Jahr 2019 in höheren Rängen bei 10,3 %. Die Anzahl von Frauen soll aber von 16.801 (Stand: Februar 2025) auf mindestens 29.000 erhöht werden.

Genderperspektiven in der Ausbildung beider Sicherheitskräfte bleiben begrenzt und umfassen meist (im Militär) lediglich 5-tägige Kurse, etwa zu Themen wie der WPS-Agenda oder Trainings zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt – bei der Polizei bis zu 15-tägige Kurse bspw. zu reproduktiver Gesundheit. Weitere Weiterbildungsmaßnahmen sind in Planung.

In internationalen Friedensmissionen bleibt die Beteiligung von Frauen ebenfalls gering. Im Dezember 2025 entsandte Bangladesch insgesamt 4.327 Angehörige von Streitkräften und Polizei in UN-Missionen; darunter befanden sich 296 Frauen (etwa 6,8 %). 2025 kündigte die Regierung jedoch an, den Anteil weiblicher Polizeikräfte in internationalen Missionen künftig auf rund 15 % erhöhen zu wollen. Auch die politische Repräsentation von Frauen in sicherheitsrelevanten Entscheidungsstrukturen ist begrenzt. 2021 befanden sich keine Frauen in parlamentarischen Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten und lediglich etwa 10 % der Mitglieder von Verteidigungsausschüssen waren weiblich. Gleichzeitig zeigt sich eine gewisse Ambivalenz auf Regierungsebene: Während Bangladesch zuletzt 2013 eine Außenministerin hatte, wurde das Verteidigungsministerium zwischen 2000 und 2020 (mit Ausnahme 2007/2008) von einer Frau geleitet. Da das Verteidigungsministerium der Regierungsspitze untersteht, wurde es in den meisten Jahren von Sheikh Hasina selbst geleitet

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Bangladesch ist Vertragspartei zahlreicher völkerrechtlicher Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge. Das Land hat die wichtigsten nuklearen Rüstungskontrollverträge sowie die Chemiewaffen-Konvention von 1997 ratifiziert. Im Jahr 2000 trat Bangladesch der Ottawa-Konvention zum Verbot von Anti-Personenminen sowie der Konvention über das Verbot bestimmter konventioneller Waffen bei. Im September 2013 unterzeichnete Dhaka auch den Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT), der internationale Standards für den legalen Waffenhandel festlegt. Eine Ratifizierung steht bislang jedoch aus, sodass der Vertrag für Bangladesch noch nicht in Kraft getreten ist. Dem Vertrag zum Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden trat das Land nicht bei. Auch dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 ist Bangladesch nicht beigetreten. Gleichwohl beteiligte sich das Land als Beobachter an mehreren Konferenzen der Vertragsstaaten. Bangladesch stimmt zudem jährlich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen für eine Resolution zur Unterstützung der Konvention. Zudem nahm das Land im Juni 2019 an einem regionalen Workshop zur Streumunitionskonvention im asiatisch-pazifischen Raum auf den Philippinen teil und erklärte im selben Jahr, Streumunition weder zu besitzen, zu produzieren, weiterzugeben oder einzusetzen.

Derzeit bestehen weder seitens der Europäischen Union noch der Vereinten Nationen Waffenembargos gegen Bangladesch.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

The interim government led by Muhammad Yunus, established in 2024 following the overthrow of Sheikh Hasina's autocratic Awami League government, struggled to maintain law and order, or deliver on promised human rights reforms. General elections are scheduled for February 2026.

Some of the fear and repression that marked Hasina's 15-year rule, including widespread enforced disappearances, appeared to have ended. However, the interim government arbitrarily detained thousands of perceived political opponents and in May banned the Awami League. On November 17, Bangladesh's International Crimes Tribunal (ICT) sentenced Hasina to death for crimes against humanity committed during the attempted suppression of 2024 protests.

Among the challenges faced by the interim government was an alarming surge in mob violence by political parties and other non-state groups, such as religious hardliners hostile to women's rights and to lesbian, gay, bisexual, and transgender people. According to the Bangladeshi human rights group Ain O Salish Kendra, at least 124 people were killed in mob attacks between June and August 2025.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

[World Report 2026: Bangladesh | Human Rights Watch](#)

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026

Freedom of expression, association and assembly remained unnecessarily restricted under the interim government. Individuals, including human rights defenders, were subjected to arbitrary arrests and harassment for exercising their right to freedom of expression. The interim government's ban on the Awami League political party brought into question their commitment to upholding freedom of association. The Cyber Security Act of 2023 continued to be used until it was replaced by the Cyber Security Ordinance in 2025. Bangladesh's International Crimes Tribunal sentenced former prime minister Sheikh Hasina and former home minister Asaduzzaman Khan Kamal to death, after convicting them in their absence, of crimes against humanity for their roles in using unlawful force against protesters in 2024. The interim government proposed a draft ordinance on enforced disappearances and extended the mandate of the

national commission appointed to investigate cases. For the first time, former military officers were arrested on charges of enforced disappearance. Proposed reforms aimed at protecting women's rights faced pushback from Islamist groups. The humanitarian crisis for Rohingya refugees deepened due to cutbacks in humanitarian funding, despite Cox's Bazar sheltering new arrivals from Rakhine State. At least 59 members of the Indigenous Bawm community remained in detention on baseless terrorism charges. Negotiations continued between the interim government and labour rights and trade union leaders over the urgent need to reform labour laws and improve wages and working conditions. Workers protested against low wages, harassment and anti union repression. The climate crisis entrenched gender and caste-based inequalities.

Quelle: Amnesty International Report 2026

[The State of the World's Human Rights: April 2026 - Amnesty International](#)

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026

Bewertung für Bangladesch auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 29/60

Politische Rechte: 15/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (44/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026

In August 2024, the ruling Awami League (AL), which consolidated its control by harassing political opponents and co-opting state institutions during its 15 years in power, was overthrown in a student-led uprising. With the backing of the military and student protesters, an interim government led by Nobel Peace Prize winner Muhammad Yunus took office. Over the next year and a half, the interim government reopened political and civic space and began to implement reforms ahead of planned elections, but extralegal violence and political retribution remained problems.

Quelle: [Bangladesh: Freedom in the World 2026 Country Report | Freedom House](#)

Kommentar

Bangladesch hat sämtliche zentrale internationale Menschenrechtsabkommen ratifiziert und trat 2010 dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs bei. Die Verfassung des Landes verankert zudem ausdrücklich den Schutz grundlegender Menschenrechte. In der Praxis bestehen jedoch weiterhin gravierende Menschenrechtsprobleme.

Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten regelmäßig über willkürliche Tötungen, Verschwindenlassen – häufig von Anhänger:innen oppositioneller Parteien –, Folter, lebensbedrohliche Haftbedingungen sowie willkürliche und rechtswidrige Festnahmen von Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen. Auch weitere Formen der Repressionen gegen Regierungskritiker:innen, wie Zensur oder Eingriffe in die Versammlungs- und Verei-

nigungsfreiheit sind weit verbreitet. Angriffe auf und Morde an Journalist:innen, Akademiker:innen und Blogger:innen nahmen in den letzten Jahre zu. Neben kriminellen Netzwerken tragen auch Teile des Sicherheitsapparats und der Polizei hierfür Verantwortung. Entsprechend schlecht ist Bangladeschs Platzierung im Press Freedom Index der Reporter ohne Grenzen, wobei sich die Lage seit den politischen Umbrüchen in 2024 etwas verbesserte: Bangladesch stieg vom 165. Platz in 2024 (von 180) auf den 149. Platz im Jahr 2025. Insbesondere der 2018 eingeführte Digital Security Act schränkte die Arbeit von Medien, Aktivist:innen und NGOs erheblich ein und galt weltweit als eins der repressivsten Mediengesetze. Es erlaubte bspw. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ohne richterliche Anordnung. Das Gesetz wurde im September 2023 formell durch den fast identischen Cyber Security Act ersetzt und erst im Mai 2025 durch die neue Interimsregierung wieder aufgehoben.

Hinzu kommen weitere schwerwiegende Probleme wie Menschenhandel, Kinderarbeit, sexualisierte Gewalt gegen Frauen sowie die Kriminalisierung von LGBTQIA+-Personen (siehe folgenden Kommentar). Zwar richtete die Regierung Kontrollinstanzen wie eine nationale Menschenrechts- und eine Antikorruptionskommission ein, deren personelle und finanzielle Ausstattung bleibt jedoch unzureichend. Strafflosigkeit bei Machtmissbrauch durch Sicherheitskräfte ist weit verbreitet (siehe auch das Kapitel „[Polizei und andere Sicherheitskräfte](#)“). Besonders gravierend und systematisch erschienen Machtmissbrauch und Korruption im Zusammenhang mit Rohingya-Flüchtlingscamps. Auch das Justizsystem leidet unter Korruption, Ineffizienz und politischer Einflussnahme; überlastete Gerichte verzögern Verfahren oft über viele Jahre. Die Regierung ergreift nur begrenzt Maßnahmen, um Misshandlungen und Tötungen durch Sicherheitskräfte aufzuklären und strafrechtlich zu verfolgen. Im staatlichen Kampf gegen die Drogenkriminalität kamen Hunderte Menschen durch außergerichtliche Tötungen ums Leben. Amnesty International dokumentierte allein 2018 insgesamt 466 mutmaßliche außergerichtliche Hinrichtungen. Zwischen Januar und September 2019 wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Odhikar 315 Menschen bei sogenannten Feuertreffen mit Sicherheitskräften getötet. Für das Jahr 2023 verzeichnete Amnesty International 24 außergerichtliche Tötungen, 52 Fälle von Verschwindenlassen sowie mindestens 94 Todesfälle in Haft. Zudem ist die Todesstrafe in Bangladesch weiterhin in Kraft und wird regelmäßig vollstreckt. Amnesty International zufolge wurden 2023 fünf Todesurteile vollzogen und mehr als 248 neue verhängt; zahlreiche Verfahren entsprachen dabei nicht internationalen Standards fairer Gerichtsverfahren.

Trotz des parlamentarischen Regierungssystems gelten Wahlen in Bangladesch häufig nicht als frei und nicht fair. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2018 sowie im Januar 2024 kam es zu massiven Unregelmäßigkeiten – darunter Wahlfälschungen, Einschüchterungen durch Sicherheitskräfte sowie Gewalt gegen oppositionelle Kandidat:innen und deren Anhänger:innen. Internationalen Wahlbeobachter:innen wurde der Zugang vielfach verwehrt. Infolge massiver Studierendenproteste – bei denen mehr als 1.000 Menschen starben – wurde Sheikh Hasina später jedoch abgesetzt und verließ das Land (siehe hierzu auch den nächsten Kommentar „[Spannungen und innere Konflikte](#)“).

Geschlechtsspezifische Gewalt

Bangladesch hat auf internationaler Ebene die wichtigsten Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) sowie zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Convention on the Rights of the Child, je mit ihren Fakultativprotokollen.

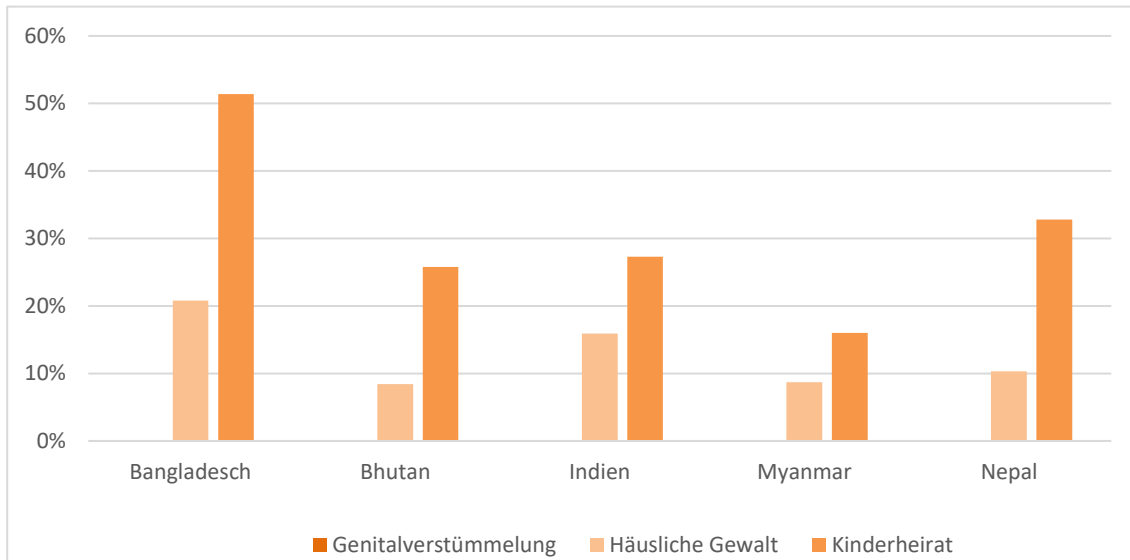
Auf nationaler Ebene bleibt die Gesetzgebung jedoch ambivalent und die Umsetzung bestehender Schutzmechanismen durch die Behörden ist vielfach unzureichend.

Die rechtliche Lage für LGBTQIA+-Personen ist sehr restriktiv. Gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivität, Ehen oder Partnerschaften sind nach wie vor illegal und können teilweise mit lebenslanger Haft geahndet werden, auch wenn eine tatsächliche Strafverfolgung selten erfolgt. Es bestehen keine gesetzlichen Schutzvorschriften gegen Diskriminierung oder Hassverbrechen aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität und Konversions-therapie ist nicht ausdrücklich verboten. Seit 2013 erkennt der Staat offiziell das „kulturelle dritte Geschlecht“ der „Hijra“ an und erlaubt Personen aus dieser Gruppe die Änderung des Geschlechts in amtlichen Dokumenten.² Diese Anerkennung deckt jedoch nicht alle nicht-binären Identitäten ab und gesetzliche Regelungen zu Geschlechtsidentität bleiben insgesamt eingeschränkt. 2024 wurden aber Leitlinien zur geschlechtsangleichenden Gesundheitsversorgung eingeführt, wodurch bestimmte Behandlungen legalisiert und der Zugang zu medizinischer Versorgung erleichtert wurden. Trotz dieser punktuellen Anerkennungen bleibt vor allem die öffentliche Sichtbarkeit stark eingeschränkt. Im Equaldex-Ranking erreicht Bangladesch nur 25 von 100 Punkten und schneidet auch insbesondere bei Rechten (16 von 100 Punkten) sehr schlecht ab. Damit liegt das Land weltweit auf Platz 135 von 197.

Auch Kinderrechte sind weiterhin stark belastet. Die Kinderheirat ist nach wie vor weit verbreitet, auch wenn sie deutlich gesunken ist: 1997 wurden 75 % der Mädchen vor dem 18. Lebensjahr verheiratet, 43 % sogar vor dem 15. Lebensjahr – 2022 lag die Prävalenz noch immer bei 51 % (unter 18-) bzw. 17 % (unter 15-jährige). Zum Vergleich: In Südasien allgemein sank die Prävalenz zwischen 1999 und 2024 von 53 % auf 26 % hinsichtlich unter 18-jähriger Mädchen und von rund 22 % auf 6 % für unter 15-jährige. Insbesondere in ländlichen und einkommensschwachen Familien Bangladeschs ist die Praxis weiterhin noch stark verbreitet. Auch Kinderarbeit ist ein strukturelles Problem: Der Anteil arbeitender Kinder (5 – 17 Jahre) stieg von 6,8 % in 2019 auf rund 9,2 % in 2025 (etwa 1,2 Millionen zusätzliche Kinder). Besonders Jungen sind betroffen, auch hier vor allem im ländlichen Raum. 6,6 % der 5- bis 14-Jährigen (rund 525.000) leisten besonders gefährliche Arbeit.

Geschlechtsspezifische Gewalt bleibt insgesamt sehr weit verbreitet. Mehr als 54 % der Frauen erlebten 2024 physische oder sexuelle Gewalt durch ihren Ehemann oder Lebenspartner, während Gewalt in der Schwangerschaft bei 7,2 % (physisch) bzw. 5,3 % (sexuell) der Frauen dokumentiert wurde. Nur 14,5 % der Betroffenen suchen medizinische Hilfe, und lediglich 7,4 % gehen rechtliche Schritte. Offizielle Zahlen zu Femiziden liegen nicht vor; NGO-Berichte auf Basis von Medienmeldungen registrierten 2024 innerhalb von 11 Monaten jedoch mindestens 486 Frauen als Opfer von Tötungen. Weibliche Genitalverstümmelung wird in Bangladesch nicht systematisch erfasst und gilt als selten – es ist keine kulturelle Praxis.

² „Hijra“ bezeichnet eine traditionelle kulturelle dritte Geschlechtskategorie auf dem indischen Subkontinent, die historisch Personen umfasst, die weder als eindeutig männlich noch weiblich gelten und oft in eigenen Gemeinschaften leben (müssen). Viele Hijras sind intersexuell geboren, andere aber auch biologisch männlich und haben eine rituelle Kastration („Nirwaan“) erfahren. Der Begriff ist daher nicht deckungsgleich mit westlichen Begriffen wie „Transgender“ oder „Intergeschlechtlichkeit“ und umfasst nicht alle Formen von Geschlechtsdiversität.

Schaubild 5**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:
Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**

Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

Innere Lage im Empfängerland**Box 9****Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung**

During the review period, Bangladesh witnessed tumultuous political dynamics, governance reforms and economic transformations. From mid-July to early August 2024, the country was rocked by an unprecedented popular uprising, state-directed indiscriminate killings and the fall of its long-standing ruler. Sheikh Hasina, the ousted prime minister, fled to India after mass protests in the capital, Dhaka. An interim government led by Nobel laureate Muhammad Yunus took charge until new elections can be held. What began as student demands to reform job quotas grew into large-scale demonstrations. The protests also unfolded against the backdrop of Bangladesh's last three national elections – in 2014, 2018 and 2024 – all of which were widely regarded as far from free and fair.

According to a fact-finding report by the U.N. Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) titled *Human Rights Violations and Abuses Related to the Protests of July and August 2024 in Bangladesh*, about 1,400 people were killed in the violence, and thousands more were severely injured. Roughly 12% of those killed were children. The report concluded that the former government, acting through security forces, intelligence services and ruling-party loyalists, committed grave human rights violations.

In the run-up to the 2024 national election, the opposition boycotted the campaign, prompting the government to create the appearance of competition through dummy candidates and fake voters. All major arms of the state – including the Election Commission, the civil administration, law enforcement agencies and the military – aligned with the ruling Awami League to secure its victory. In earlier years, Hasina's government used excessive force to suppress other large protests, including garment workers' wage demonstrations, the first wave of quota reform protests in 2018 and a road-safety campaign led by school

students that same year. By 2024, public frustration had reached a breaking point, fueled by authoritarian rule, soaring inflation, endemic corruption and widespread human rights abuses. When students protested discriminatory practices in public-sector entrance exams, the regime responded with violence, including torture and beatings. Despite killing nearly 1,500 people during the uprising, the Hasina government could not hold on to power.

Quelle: [BTI 2026 Bangladesh Country Report: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Bangladesch 24 von 100 möglichen Punkten (2024: 23 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Madagaskar, Uganda, die Zentralafrikanische Republik oder Paraguay. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

Spannungen und innere Konflikte

Bangladesch ist von ausgeprägter gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung geprägt. Die Nichtregierungsorganisation ACLED beschreibt das politische Klima als „toxische Feindseligkeit“, in der gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegner:innen häufig vorkommen. Hauptursache sind die tief verwurzelten Rivalitäten zwischen den beiden dominierenden Parteien: der säkular-sozialistischen Awami League (AL) und der nationalistisch-islamisch geprägten Bangladesh Nationalist Party (BNP). Zusätzlich verschärfen Spannungen in den Chittagong Hill Tracts sowie Konflikte infolge der Flucht der Rohingya aus Myanmar die innenpolitische Lage.

Nach der Unabhängigkeit von Pakistan im Jahr 1971 eskalierten ab 1977 die Spannungen in den Chittagong Hill Tracts im Südosten des Landes und entwickelten sich zu einem rund zwanzigjährigen bewaffneten Konflikt. Die Ursachen reichen in die 1960er Jahre zurück, als der Bau der Kaptai-Talsperre zur Vertreibung tausender indigener Bewohner:innen ohne Entschädigung führte. In der Region leben traditionell die Jumma, eine Sammelbezeichnung für mehrere indigene Gruppen, die sich sprachlich, kulturell, religiös und ethnisch von der bengalischen Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Zur politischen Vertretung gründeten sie 1972 die Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti (PCJSS), in deren Struktur mit der Shanti Bahini auch eine bewaffnete Miliz entstand. Nach Angriffen auf Militär- und Polizeieinheiten ab 1977 reagierte der Staat mit massiver Gegengewalt. Zwischen 1977 und 1997 fügten sich beide Seiten erhebliche Verluste zu. Staatlichen Angaben zufolge tötete die Shanti Bahini zwischen 1980 und 1991 mehr als tausend Menschen und entführte über 500. Im Rahmen der staatlichen Aufstandsbekämpfung wurden Jumma systematisch verfolgt; tausende wurden inhaftiert, gefoltert, vergewaltigt oder getötet.

In den 1980er Jahren siedelte die Regierung gezielt bengalische Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts an, was zu weiterer Verdrängung indigener Gemeinschaften führte. Heute stellen Bengal:innen auch dort die Bevölkerungsmehrheit. Das 1997 unterzeichnete Friedensabkommen zwischen Regierung und PCJSS ist bis heute nur teilweise umgesetzt. Spannungen bestehen fort, insbesondere in Form von Landkonflikten, bei denen die Regierung wiederholt Militär einsetzt. Menschenrechtsorganisationen berichten von hoher Gewaltbelastung, insbesondere sexualisierter Gewalt durch Sicherheitskräfte. Amnesty In-

ternational dokumentierte allein 2014 mindestens 117 Fälle physischen und sexuellen Missbrauchs indigener Frauen und Mädchen; spätere Berichte verweisen weiterhin auf außgerichtliche Tötungen und Misshandlungen. Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus höher liegen.

Zusätzliche Spannungen entstehen durch die Flucht der Rohingya aus Myanmar. Die seit Jahrhunderten dort ansässige muslimische Minderheit ist seit Jahrzehnten systematischer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt, insbesondere seit dem Militärputsch 1962 (damals noch „Birma“). Seither hat das Militär Myanmars diverse Operationen zur gezielten Vertreibung der seit dem Staatsbürgerschaftsgesetz 1982 staatenlosen Rohingya unternommen. Hunderttausende, die Myanmar als „illegale Einwanderer:innen aus Bangladesch“ bezeichnet, wurden seither vertrieben. Nach erneuten militärischen „Säuberungsoperationen“ im Herbst 2017, offiziell ausgelöst durch Angriffe der Rohingya-Miliz ARSA auf Sicherheitskräfte, reagierte das myanmarische Militär mit massiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Dörfer wurden zerstört, tausende Menschen getötet (Ärzte ohne Grenzen zufolge mindestens 6.700) und der Großteil der Bevölkerung vertrieben. Die UN diagnostizierte Merkmale eines Völkermords. Die Überlebenden flohen überwiegend nach Bangladesch. Rückführungsversuche ab 2018 scheiterten weitgehend, da Myanmar keinen Schutz oder Rechte gewährleistete. Derzeit leben rund 960.000 Rohingya in Bangladesch (Stand August 2024) in 34 überfüllten Lagern unter prekären Bedingungen. Landnutzungs- und Ressourcenkonflikte – u. a. da Ackerland und Viehzuchtgebiete Siedlungen für Geflüchtete weichen mussten – führten zu Spannungen mit der lokalen Bevölkerung sowie zu Gewalt innerhalb der Lager.

Seit Dezember 2020 verlegt die Regierung Rohingya auf die neu entstandene Insel Bhashan Char. Diese ist während der Monsunzeit stark überschwemmungsgefährdet. Hilfsorganisationen kritisieren fehlenden Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und nachhaltigen Lebensgrundlagen. Laut UN wurden seit 2021 etwa 35.000 Menschen, teils unter Gewaltanwendung, umgesiedelt (Stand Dezember 2025); insgesamt sind bis zu 100.000 geplant. Berichte über Zwang und Gewalt durch Sicherheitskräfte liegen vor. Sowohl in den Lagern als auch auf Bhashan Char sind die Rohingya stark in ihren Rechten eingeschränkt und in besonderem Maße Naturkatastrophen ausgesetzt.

Im Juli 2024 kam es zu wochenlangen Massenprotesten, die insb. durch Straßenblockaden von Studierenden ausgelöst wurden und gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofs gerichtet waren, mit dem eine umstrittene Quotenregelung für Staatsbedienstete wieder eingeführt wurde. Die Regelung ist bereits länger ein Politikum – bereits 2013 und 2018 kam es im Kontext der Quotenregelung zu Demonstrationen. Diese sah zuletzt die Vergabe von einem Drittel von Regierungsstellen an Unabhängigkeitskämpfer:innen und deren Familien vor. Obwohl die Regierung die Regelung am 21. Juli erneut teilweise zurücknahm – indem sie einzelne Quoten abschaffte oder %werte anpasste – und die Proteste zunächst friedlich verliefen, eskalierte die Situation. Die Demonstrationen richteten sich zunehmend auch gegen den autoritären Führungsstil von Sheikh Hasina, die die Protestierenden als „Verräter“ bzw. „Razakar-Sympathisanten“ (ein historisch stark belasteter Begriff für Kollaborateure im Unabhängigkeitskrieg) bezeichnete, und damit die Spannungen weiter verschärfte. Berichten zufolge kam es auch zu Übergriffen mit Stöcken und Steinen seitens einzelner Protestierender. Die Polizei reagierte ihrerseits eskalierend und setzte Gummigeschosse und Tränengas ein. Am 18. Juli sperrten die Behörden den Internetzugang, verhängten eine landesweite Ausgangssperre und setzten die Armee ein, der ein Schießbefehl erteilt wurde. Bis Anfang August starben bis zu 1.400 Menschen; zudem wurden je nach Quelle zwischen 2.000 und 10.000 Personen festgenommen und weitere tausende verletzt. In der Folge trat Sheikh Hasina zu-

rück und floh ins Exil nach Indien. Derzeit regiert eine Übergangsregierung, der unter anderem auch ehemalige Anführer:innen der Protestbewegung angehören. Neuwahlen sind für Februar 2026 angesetzt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Bangladesch liegt in Südasien und verfügt über eine Fläche von 147.570 km². Es grenzt im Südosten an Myanmar und wird im Übrigen von den indischen Bundesstaaten Meghalaya, Tripura, Westbengalen, Mizoram und Assam umschlossen. Die Gesamtlänge der Grenze zu Indien beträgt 4.246 km. Im Süden besitzt das Land eine rund 580 km lange Küstenlinie am strategisch wichtigen und territorial umstrittenen Golf von Bengalen, der zum indischen Ozean gehört. Mit rund 173 Millionen Einwohner:innen ist Bangladesch das achtbevölkerungsreichste Land der Welt. Gleichzeitig weist das Land unter den Flächenstaaten die höchste Bevölkerungsdichte auf.

Politische Situation in der Region

Bangladesch liegt in einer konfliktträchtigen Region. Der bedeutendste regionale Konflikt mit Potenzial zur nuklearen Eskalation ist der Kaschmir-Konflikt zwischen **Indien und Pakistan**, in dem die Zugehörigkeit der Kaschmir-Region zentral ist. Dieser Konflikt besteht seit der Staatsgründung beider Staaten 1947 und eskalierte bereits mehrmals zu einem Krieg (zuletzt im Jahr 2025) – er gilt als einer der gefährlichsten potenziellen Atomkonflikte, da beide Parteien über Nuklearwaffen verfügen. Indien beschuldigt Pakistan regelmäßig, in Indien aktive militante bzw. terroristische Gruppen sowie kaschmirische Separatist:innen zu unterstützen und fordert ein Ende dieser Unterstützung. Pakistan fordert eine Volksabstimmung über die Zukunft Kaschmirs, da der Verlust eines mehrheitlich muslimisch geprägten Gebiets als Bedrohung der nationalen Identität wahrgenommen wird.

Die Rivalität zwischen Indien und Pakistan prägt die regionale Lage neben zahlreichen innerstaatlichen Konflikten in Südasien. Pakistan erlebt wiederholt Anschläge, bei denen sowohl westliche Staatsbürger:innen als auch Angehörige religiöser Minderheiten, v.a. Christ:innen. Ziele gewaltsamer Übergriffe werden. **Nepal** wurde bis 2006 durch einen maoistischen Aufstand und Machtelitekonflikte destabilisiert. In **Sri Lanka** endete 2009 ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg zwischen der Regierung und der militanten LTTE („Tamil Tigers“) im militärischen Sieg der Regierung; 2022 führte eine schwere Wirtschaftskrise zu Massenprotesten, infolgedessen der Präsident ins Exil floh.

Auch in **Myanmar** kommt es seit der Unabhängigkeit 1948 zu langanhaltenden Kämpfen zwischen dem Militär und bewaffneten ethnischen Gruppen. In den Kachin- und Shan-Staaten kämpfen zahlreiche ethnische Gemeinschaften für mehr Autonomie und Selbstbestimmung. Im Norden des Rakhine-Staates griffen im Herbst 2017 Kämpfer:innen der Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) dutzende Polizei- und Militärposten an, bei denen nach Angaben Myanmars 12 Sicherheitskräfte starben; daraufhin reagierte das Militär mit weitreichender – die UN spricht von genozidaler – Gewalt gegen die Rohingya-Zivilbevölkerung, was zur Flucht Hunderttausender in benachbarte Länder, insb. Thailand, China und Bangladesch führte. Seit Januar 2019 ist mit der Arakan Army (AA) ein weiterer bewaffneter Akteur aktiv, der überwiegend aus buddhistischen Rakhine besteht und von der Regierung Myanmars zwischenzeitlich als terroristische Gruppe eingestuft wurde; dieser Status wurde 2021 wieder

aufgehoben. Die AA umfasst zwischen 5.000 und 10.000 Kämpfer:innen. Diese Konflikte haben zu umfangreichen Flüchtlingsbewegungen und Binnenvertreibung geführt.

Die Volksrepublik **China** unterdrückt die Unabhängigkeitsbestrebungen Tibets, dessen Exilregierung sich in Indien befindet. Seit Jahren streiten beide Länder um den Grenzverlauf zwischen dem indischen Hochgebirgs-Territorium Ladakh und der von China kontrollierten Autonomen Region Tibet. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, den vereinbarten Grenzverlauf zu verletzen. Bei Zusammenstößen entlang der inoffiziellen Grenzlinie starben im Juni 2020 mindestens 20 indische Soldat:innen sowie einige chinesische Soldat:innen. Es war der schlimmste Grenzzwischenfall zwischen den beiden Atommächten seit dem Krieg im Jahr 1962, den China gewonnen hatte. Seither kam es vereinzelt erneut zu Provokationen und Warnschüssen an der Demarkationslinie. In der Grenzregion sind rund 100.000 Soldat:innen stationiert, womit der Konflikt – trotz eines Grenzpatrouillenabkommens von 2024 – von der International Crisis Group noch im Juni 2024 als einer der gefährlichsten Krisenherde der Welt kategorisiert wurde.

Grenzkonflikte

Bangladesch erhielt infolge eines neunmonatigen Krieges mit Westpakistan 1971 seine staatliche Unabhängigkeit. Während des Unabhängigkeitskriegs verübten westpakistanische Militärs und Milizen der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami schwerste Verbrechen, die teils als Genozid gewertet werden. Nach Angaben der Regierung Bangladeschs starben dabei rund drei Millionen Menschen, etwa 250.000 Frauen wurden vergewaltigt und etwa 30 Millionen Menschen vertrieben.

Die Wurzeln des Konflikts liegen in der Teilung des britisch-indischen Kolonialreichs 1947, die zur Gründung Indiens und **Pakistans** führte. Pakistan bestand aus zwei geographisch getrennten Landesteilen, West- und Ostpakistan, die durch indisches Territorium voneinander getrennt waren. Westpakistan beanspruchte die politische Führung beider Landesteile; obwohl Ostpakistan mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellte, war es in staatlichen und militärischen Schlüsselpositionen deutlich unterrepräsentiert. Kulturelle und ökonomische Unterschiede befeuerten die Spannungen. Der Unabhängigkeitskrieg endete im Dezember 1971 mit der Kapitulation Westpakistans. Am 16. Dezember 1971 erlangte Ostpakistan seine völkerrechtliche Unabhängigkeit und nannte sich Bangladesch. Pakistan erkannte den neuen Staat 1974 offiziell an.

Indien unterstützte die Unabhängigkeitsbewegung im Krieg mit Westpakistan. Dennoch bestanden zwischen **Indien** und Bangladesch in der Vergangenheit zahlreiche Territorialstreitigkeiten, die ebenfalls aus der Aufteilung des britisch-indischen Kolonialreiches hervorgingen. Diese Streitigkeiten führten zu einem komplexen Grenzverlauf mit über 160 Enklaven auf beiden Seiten der Grenze, in denen mehr als 50.000 Menschen lebten. Nach der Unabhängigkeit Bangladeschs unternahmen beide Länder 1974 erste Regelungsbemühungen: Sie unterzeichneten einen Grenzvertrag, den das bangladeschische Parlament ratifizierte, das indische allerdings nicht. Ab 1989 begann Indien mit dem Bau eines mehrere tausend Kilometer langen Stacheldrahtzauns entlang der gemeinsamen Grenze, an der Grenzsicherheitskräfte jährlich Hunderte Menschen durch Schusswaffen töteten.

Erst im Jahr 2015 legten Bangladesch und Indien den jahrzehntelangen Grenzkonflikt mit einem auf Landtausch basierenden Abkommen bei. Indien trat seine 111 Enklaven an Bangladesch ab, während Bangladesch seinerseits 51 Enklaven an Indien übergab. Zusätzlich verzichtete Indien auf 9,17 Quadratkilometer und Bangladesch auf 11,23 Quadratkilometer Land. Jedoch stritten Bangladesch und Indien darüber hinaus auch um die maritime Grenze

im Golf von Bengalen. Nach mehreren bilateralen Verhandlungen legte ein Urteil des Ständigen Schiedshofes in Den Haag diesen Konflikt im Jahr 2014 friedlich bei.

Ein weiterer bislang ungeklärter Konflikt betrifft die Verteilung des Wassers des Teesta-Flusses, der im Himalaya entspringt und durch beide Länder fließt. Die Bevölkerungen beider Staaten sind von dem Fluss abhängig. Bangladesch und Indien handelten 2011 ein Interimsabkommen über die Wasserverteilung für 15 Jahre aus, setzten es jedoch nie in Kraft. Der Konflikt bleibt daher regelmäßig Gegenstand von Verhandlungen und politischen Debatten.

Auch in den Beziehungen zum Nachbarstaat **Myanmar** spielten maritime Streitigkeiten eine Rolle. Überlappende Besitzansprüche auf Öl- und Gasressourcen an der umstrittenen Seegrenze im Golf von Bengalen führten über viele Jahre zu diplomatischen und militärischen Konflikten. Eine Entscheidung des Internationalen Seerechtsgerichtshofs beendete diese Auseinandersetzungen jedoch im März 2012. Allerdings prägen aber auch aktuell noch Probleme an der gemeinsamen Landgrenze das Verhältnis zwischen Bangladesch und Myanmar. Bereits 1978 löste die Vertreibung von etwa 200.000 arakanesischen Muslim:innen nach Bangladesch schwere politische Spannungen aus. Diplomatische Gespräche beider Staaten beendeten diesen Konflikt innerhalb von drei Monaten. 1991 überquerten jedoch erneut rund 250.000 Geflüchtete aus dem Rakhine-Staat die Grenze und suchten Schutz in Bangladesch. Dhaka führte den Großteil dieser Geflüchteten bis Mitte 1996 zurück.

Seit der erneuten massenhaften Vertreibung der Rohingya im Jahr 2017 (siehe auch das vorherige Unterkapitel sowie „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) ist das Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten erneut von schweren Vorwürfen geprägt. Die ehemalige Premierministerin Hasina Wajed verurteilte die vom Militär Myanmars begangenen Gräueltaten gegen die Rohingya als Genozid. Seither flohen fast eine Million Menschen über den Grenzfluss Naf nach Bangladesch, wo sie unter prekärsten Verhältnissen in Flüchtlingslagern leben. Immer wieder schießen myanmarische Grenzposten auf Geflüchtete, die auf dem Weg nach Bangladesch sind. Im November 2018 eröffnete Myanmars Grenzschutz Berichten zufolge das Feuer auf bangladeschisches Territorium und verletzte dabei zwei Menschen.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine regionalen Rüstungskontrollvereinbarungen oder Verhandlungen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Gegenwärtig sind keine Streitkräfte alliierter Staaten in Bangladesch oder seinen Nachbarstaaten stationiert. Im Zuge der internationalen Beobachtermission UNMOGIP sind lediglich einige Militärbeobachter:innen (Stand Oktober 2025) aus Schweden (2), Rumänien (2), Italien (2), der Schweiz (2) und Kroatien (8) in der Region Kaschmir stationiert, um den Territorialkonflikt zwischen Indien und Pakistan zu beobachten.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Bangladesch ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. In diesem Zuge verschärfte das Land seine Anti-Terror-Gesetze und erließ Regeln zur Eindämmung der Terrorismusfinanzierung. Auf regionaler Ebene koordiniert Bangladesch die Terrorismusbekämpfung mittlerweile im Rahmen der „Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC)“ mit den umliegenden Nachbarstaaten. International kollaboriert Bangladesch zudem mit UNOCT und UNODC, Interpol sowie einigen Staaten bilateral.

Seit vielen Jahren kommt es in Bangladesch zu terroristischen Gewalttaten. Im Jahr 2005 detonierten bei einer Anschlagserie zeitgleich rund 500 kleinere Sprengsätze. Die Regierung ging daraufhin erstmals verstärkt gegen islamistische Gruppierungen vor. Sie verbot sowohl Harakat ul-Jihad-i-Islami/Bangladesh (HuJI-B; 1992 gegründet) als auch Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh (JMB; 1998 gegründet) und ließ einige ihrer führenden Mitglieder verhaften und hinrichten. Im Jahr 2013 gründete sich das Ansarullah Bangla Team (ABT), der regionale Ableger von Al-Qaida in Bangladesch. Als Nachfolgeorganisation der mittlerweile zerschlagenen ABT gilt Ansar al-Islam (AAI).

Seit 2015 erlebt das Land eine Zunahme an Terroranschlägen, insbesondere mit Bezügen zu international operierenden Gruppen. Der Islamische Staat (IS) verübte 2016 unter anderem den international stark beachteten Terroranschlag auf ein Café im Diplomat:innenviertel der Hauptstadt Dhaka, bei dem 29 Menschen starben. Der Anschlag löste eine landesweite Verhaftungswelle aus: Sicherheitskräfte nahmen insgesamt 5.325 Personen fest, von denen 85 einen radikal-islamistischen Hintergrund gehabt haben sollen. Im Jahr 2019 verübte der IS in Bangladesch sechs Anschläge mit improvisierten Sprengkörpern auf die Polizei.

Neben dem IS und Al-Qaida auf dem indischen Subkontinent (AQIS) sind auch andere islamistische Gruppierungen in Bangladesch aktiv. Aufgrund des hohen Fahndungsdrucks kam

es zuletzt jedoch kaum noch zu Aktionen von Terrororganisationen wie HuJI-B und JMB. Der IS nutzt offenbar die Zusammenarbeit mit lokalen bangladeschischen Terrorgruppen, um seine Netzwerke in den angrenzenden indischen Bundesstaat Westbengalen auszudehnen. Seit 2022 kommt es aber immer wieder zu Schusswechseln mit Sicherheitskräften, bewaffneten Überfällen (etwa auf Banken) sowie Anschlägen durch die relativ neu gegründete Kuki-Chin National Front (KNF) in den Chittagong Hill Tracts. Die Gruppierung wurde 2017 gegründet und 2022 über eine Social-Media-Gruppe bekannt. Sie verfolgt nach eigenen Angaben secessionistische Ziele. In den vergangenen zwei Jahren verübte die Gruppierung mindestens neun größere Anschläge.

Eine wesentliche Triebfeder islamistischer Gruppen sehen diese in der aus ihrer Sicht zu großen Nähe der Regierung zum Westen. So bewerten sie etwa die Beteiligung Bangladeschs an VN-Missionen in islamisch geprägten Ländern als Unterstützung der westlichen „Kreuzfahrer“.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Bangladesch unterzeichnete 2011 die VN-Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität aus dem Jahr 2003. Das Land unterzeichnete jedoch bislang nicht das Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung und den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen. Auch das Zusatzprotokoll gegen Schlepperei unterzeichnete Bangladesch bisher nicht. Eine offizielle Erklärung über die Gründe hierfür liegt nicht vor.

Seit dem Ausbruch der Krise um die Vertreibung der Rohingya im August 2017 floriert an der östlichen Landesgrenze der illegale Drogenhandel. Der westmyanmarische Bundesstaat Rakhine entwickelte sich inzwischen zu einem der wichtigsten Umschlagplätze für Rauschmittel in Südasien. Die Netzwerke und Routen des illegalen Drogenhandels nutzt der organisierte Schmuggel auch für den illegalen Handel mit Waffen. Die Stadt Cox's Bazar sowie die benachbarte Region Chittagong, in der sich zahlreiche große Flüchtlingslager befinden, fungieren als Umschlagplätze auf einer strategischen Route des illegalen Waffenhandels nach Indien und Nepal, die die Gebirgszüge im Norden Myanmars umgeht. Die indische United Liberation Front of Assam (ULFA), eine aufständische Gruppe mit dem Ziel der Abspaltung von Indien, kaufte beispielsweise Waffen in China und schmuggelte diese wiederholt vom Hafen in Cox's Bazar über Land nach Indien.

Im Rahmen des internationalen Menschenhandels schleusen kriminelle Netzwerke zudem Menschen aus Bangladesch zur Zwangsarbeit nach Indien, in die Golfstaaten sowie auf dem Seeweg nach Südostasien. Frauen geraten dabei häufig in die Zwangsprostitution, Männer werden vor allem in der Bauwirtschaft ausgebeutet. Die größte Zahl der Betroffenen:innen gelangt über die poröse und stellenweise schwer zu überwachende Grenze nach Indien. Insbesondere zum indischen Bundesstaat Westbengalen bestehen aufgrund historischer, sprachlicher und familiärer Verflechtungen enge Kontakte. Korruption unter Grenzpolizist:innen erleichtert den illegalen Handel zusätzlich.

Wie bereits im vorherigen Kommentar angemerkt kooperiert Bangladesch international mit BRIMSTEC, dem UNOCT und UNODC und Interpol – nicht nur zur Bekämpfung von Terrorismus und entsprechender Finanzierung, sondern internationaler, organisierter Kriminalität allgemein. Darüber hinaus kooperiert es mit der Asia/Pacific Group on Money Laundering (APG).

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Bis 2010 berichtete Bangladesch regelmäßig an das Waffenregister der Vereinten Nationen. Seither reichte es aber keinen Bericht mehr ein. Daher gibt es nur sporadisch Informationen zu den Importen des Landes mittels der Berichte von Handelspartnern. In Bezug auf seine Militärausgaben wiederum berichtete Bangladesch lediglich 2007 und 2009, berichtete aber in den letzten Jahren (2022 – 2024) regelmäßig.

Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat Bangladesch zwar bereits im September 2013 unterzeichnet, allerdings bislang nicht ratifiziert. Dementsprechend hat das Land hierfür noch keine Berichte eingereicht, unterliegt aber auch keiner Berichtspflicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete Bangladesch zuletzt 2024, im längeren Betrachtungszeitraum jedoch auch eher unregelmäßig (nur 2002, 2003, 2010 und 2022).

Unerlaubte Wiederausfuhr

Bangladesch beteiligt sich am VN-Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und hat Gesetze erlassen, welche die Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Trotz der auf dem Papier existierenden Standards und verstärkter Anstrengungen der nationalen Sicherheitsbehörden bleibt die illegale Verbreitung, insbesondere von Klein- und Leichtwaffen, in Bangladesch und in den Grenzregionen mit Indien und Myanmar ein großes Problem. Mehr als 400.000 illegale Kleinwaffen sind im Umlauf und werden unter anderem auf Schwarzmärkten in Großstädten (unter anderem in Dhaka und Cox' Bazar) und Grenzregionen gehandelt.

Lokale Käufer:innen umfassen Links- und Rechtsextremist:innen, islamistische Terrororganisationen, kriminelle Organisationen, politische Kader und die Aufständischen der Chittagong Hill Tracts. Auch viele Zivilpersonen sichern sich aufgrund des Misstrauens gegenüber den örtlichen Sicherheitsbehörden zum persönlichen Schutz mit Pistolen und Gewehren ab. Schätzungsweise besitzen Privatpersonen rund 660.000 legale und illegale Kleinwaffen. Kleine geheime Werkstätten und Fabriken auf der Insel Moheshkhali produzieren billige Kleinwaffen für lokale Käufer:innen.

Auch aus Polizeibehörden und Militärbeständen stammen Teile der illegal in Bangladesch gehandelten Waffen. Besonders im Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist das Risiko hoch, dass Waffen aus staatlichen Arsenalen verschwinden und über den Schwarzmarkt und Schmuggel in die Hände nicht-staatlicher Gewaltakteure im In- und Ausland gelangen. Die hohe Korruption im Polizei- und Militärssektor spielt dabei eine entscheidende Rolle und trägt dazu bei, dass Bangladesch als Transitland für Waffenhändler:innen aus dem gesamten asiatischen Raum Bedeutung besitzt.

Im Zuge der Massenproteste Mitte 2024 plünderten Demonstrant:innen mehrere Polizeistationen. Während einige Quellen von mindestens 22 Polizeistationen sprechen, geben andere an, dass landesweit rund 460 Polizeistationen angegriffen und 114 Außenposten überfallen wurden. Das genaue Ausmaß an geplünderten Waffen bleibt unklar, doch sicherten Behörden durch ein Amnestie-Programm (Rückgabe ohne Bestrafung), das bis zum 03.09.2024 lief, mehr als 4.351 Waffen und rund 390.000 Schuss Munition. Rund 1.400 Waffen sowie 261.000 Schuss Munition fehlen allerdings weiterhin. Unter den geraubten Waffen befanden sich neben Pistolen und Gewehren teils auch Maschinengewehre. Gestohlene Waffen wurden bereits bei Anschlägen eingesetzt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

The structure of Bangladesh's economy is highly concentrated, resting on just a handful of industries. The most prominent are textiles and ready-made garments, which accounted for 84% of the country's total exports in fiscal 2023. Beyond textiles, industrial production is dominated by leather goods, cotton, and food and packaging. Several factors – including corruption, cumbersome bureaucratic processes, insufficient investment and a scarcity of skilled labor – discourage potential actors from entering the domestic market.

According to the International Trade Administration, unequal power dynamics, combined with shortages of land and critical infrastructure, remain major obstacles to market growth in Bangladesh. In short, the

current conditions constrain both domestic and foreign market development. A coherent set of pro-competition policies could play a pivotal role in fostering a more open and equitable economy.

Quelle: [BTI 2026 Bangladesh Country Report: BTI 2026](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

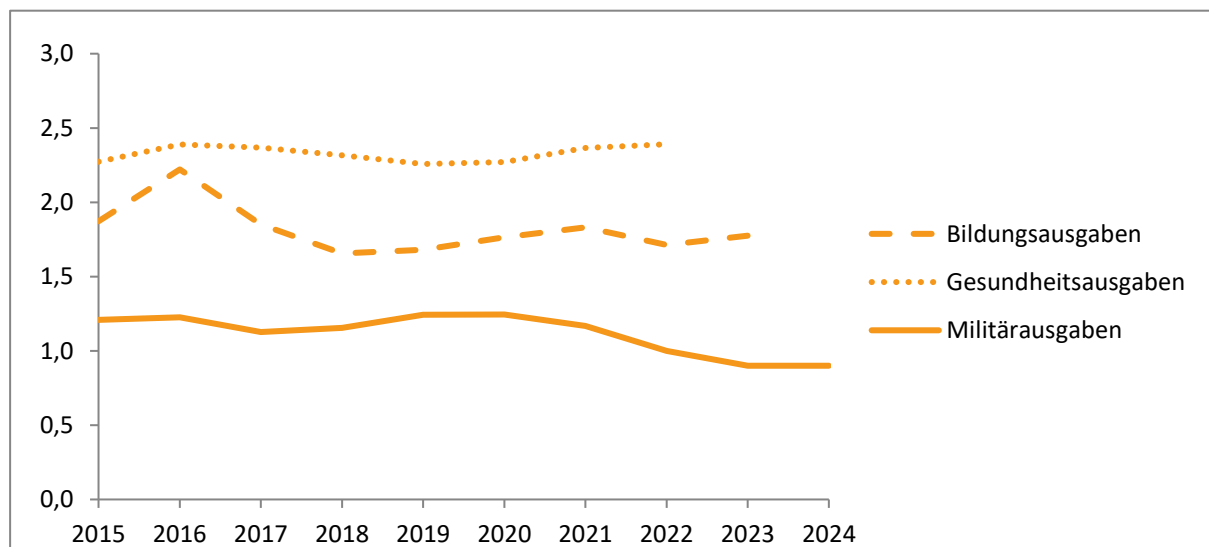
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4568	4525	4008	3783	3935
Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,0	0,9	0,9
Gesundheitsausgaben/BIP	2,3	2,4	2,4	-	-
Bildungsausgaben/BIP	1,8	1,8	1,7	1,8	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	624,68	735,51	914,78	970,20	1014,47
Anteil am BIP (in %)	17,8	19,7	22	21,1	23,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	2452,34	2884,76	3089,4	3584,04	-
Net ODA (% of GNI)*	0,69	0,82	0,78	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	136,46	165,91	125,33	192,4	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	76	73	68	66	67
Index-Platzierung	106	109	111	116	118

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Indien	Militarisierungswert	108	102	100	100	98
	Index-Platzierung	61	71	72	72	76
Myanmar	Militarisierungswert	143	147	153	140	167
	Index-Platzierung	27	23	21	30	19

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %

		2021	2022	2023	2024	2025
Indien	Militärausgaben (absolut)	79701	83218	85233	85597	93255
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,4	2,4	2,2	2,3
Myanmar	Militärausgaben (absolut)	3702	3311	2876	4652	-
	Militärausgaben/BIP	4,4	3,8	3,7	6,6	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,656	0,663	0,663	0,680	0,685
HDI-Wert (Männer)	0,682	0,687	0,683	0,704	0,708
HDI-Wert (Frauen)	0,620	0,629	0,629	0,647	0,650
GDI-Wert	0,909	0,916	0,922	0,919	0,918

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/BGD>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDI basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 44,2 % sind deutlich weniger Frauen (15-64 Jahre) in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (80,9 %). Bangladesch liegt damit unter dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49,1 %). Der Frauen-Anteil nimmt aber seit Jahren konstant zu – im Jahr 2000 lag er noch bei 28,6 %. Besonders in Führungspositionen sind Frauen aber sehr stark unterrepräsentiert: nur 3,6 % aller Firmen hatten weibliche Top-Manager (Stand 2022) und nur 2,5 % weibliche Mehrheitseigentümerschaft. Da 84,2 % der Erwerbstätigen im informellen Sektor tätig sind (Frauen zu 96 %, Männer zu 79 %) sind einige ökonomische Kennziffern allerdings nur begrenzt aussagekräftig.

Laut Gender Development Index (GDI) zählt Bangladesch zur Gruppe der Länder mit „mittlerer bis geringer Gleichheit“ im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und

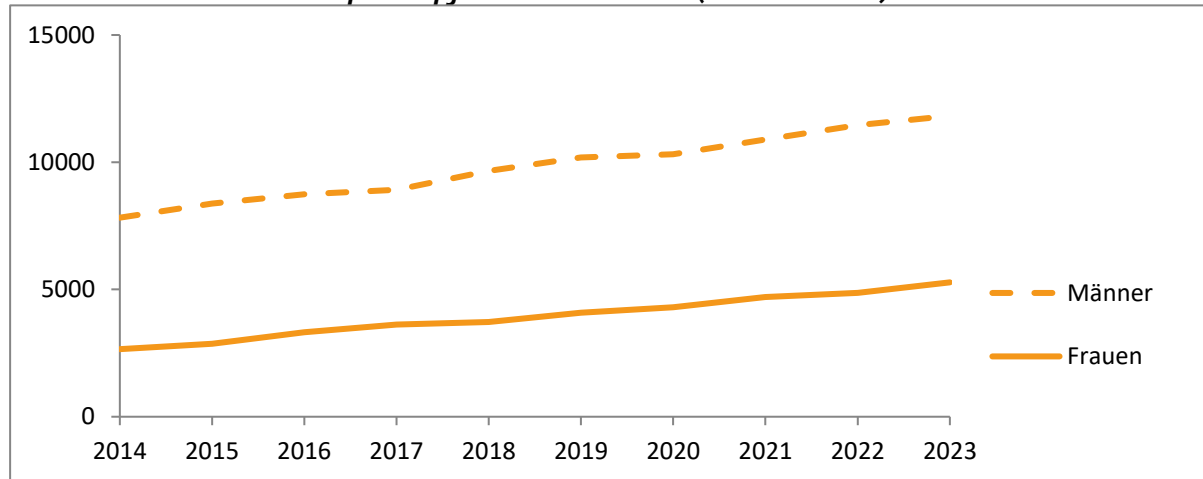
Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,918 liegt Bangladesch unter dem globalen Durchschnitt von 0,955. Entsprechend zeigen sich geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Frauen haben eine um 3,3 Jahre höhere Lebenserwartung und ein halbes Jahr mehr „erwartete Schuldauer“ (also durchschnittliche Schuldauer der heute geborenen Kinder). Im aktuellen Durchschnitt (also aller lebenden Menschen) genießen Frauen aber 1,1 weniger Bildungsjahre als Männer. Im primären Bildungssektor ist laut Gender Gap Report annähernd Parität erreicht (Differenz von 1,90 % zugunsten von Frauen), im sekundären Bildungssektor liegen Frauen mit 71,5 % gegenüber 60,7 % sogar deutlich höher als Männer, wohingegen sie im tertiären Sektor schlechter abschneiden: hier liegt die Einschreibungsquote bei nur 20,8 % für Frauen gegenüber 28,0 % für Männer. Es besteht zudem ein enormes Lohngefälle: 2023 verdienen Frauen mit einem kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommen von 5.280 US-Dollar nur rund 45 % so viel wie Männer (11.820 US-Dollar). Während die Einkommenslücke in absoluten Zahlen von 2014 um 1.373 Dollar anstieg (von 5.167 auf 6.540 Dollar) sank das relative Lohngefälle in der letzten Dekade um rund 11 %punkte: 2014 lag der relative Anteil des Einkommens von Frauen, gemessen an dem von Männern, noch bei 34 %.

Laut Gender Gap Report ist Bangladesch eins der Länder mit der am schnellsten sinkenden Ungleichheit weltweit. Hier belegte es weltweit 2025 den 24. Platz. Grund dafür ist unter anderem die langjährige weibliche Staatsführung sowie ein Anstieg von Frauen in Ministerialämtern: Anfang 2025 waren 4 von 22 Ministerien weiblich besetzt (18,2 %). Hinsichtlich wirtschaftlicher Gleichstellung rangiert Bangladesch, entsprechend den dargelegten Verhältnissen, aber lediglich auf Platz 141 – vor allem aufgrund der niedrigen weiblichen Erwerbsbeteiligung.

Diese Disparitäten spiegeln sich auch im Gender Inequality Index (GII) wider, der reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Bangladesch erreicht hier einen Wert von 0,487 und schneidet damit unterdurchschnittlich ab (weltweiter Durchschnitt von 0,455). Damit belegt das Land Rang 125 von 172 Ländern.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2.0“ zeigt zudem, Bangladesch in Bezug auf die formale rechtliche Gleichstellung von Frauen insgesamt niedrige Werte erzielt (34,4 von 100 Punkte) und damit unter dem Durchschnitt Südasiens liegt (44,3). Besonders stark sind die rechtlichen Bestimmungen bei freier Mobilität – ansonsten sind Frauen in fast allen gemessenen Domänen benachteiligt (bspw. bei Familien- und Eigentumsrechten sowie insb. bei „Sicherheit“). Auch bei den praktischen unterstützenden Rahmenbedingungen (etwa Politiken und Institutionen zur Umsetzung der Gleichstellungsregeln) zeigen sich deutliche Schwächen: Dieser Index liegt mit 34,7 Punkten vergleichbar niedrig und ebenfalls unter dem globalen sowie dem südasiatischen Durchschnitt. Besonders gering sind die Unterstützungsstrukturen zur Gewaltschutz- und Sicherheitslage von Frauen. Laut Expert:innen, welche die Umsetzung und Wirkung der vorhandenen Regeln bewerten, bestehen insb. auch im Bereich Kinderbetreuung weiterhin große Probleme.

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)

Quelle: Gender Development Index ; [Specific country data | Human Development Reports](#)

Zusammenfassung Kriterium 8:

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 2.820 US-Dollar (2024) gehört Bangladesch der Weltbank zufolge gegenwärtig zu den Ländern mit niedrig-mittlerem Einkommen („lower-middle income economies“). Bangladesch konnte seine Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt nur leicht zu diversifizieren; diese ist im Hinblick auf das Einkommensniveau des Landes daher unterdurchschnittlich komplex. Bangladesch nimmt auf dem Human Development Index (HDI) 2023 Platz 130 von 193 Ländern ein. Mit einem HDI-Wert von 0,685 gilt Bangladesch in den HDI-Kategorien als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“. Im Ranking des Globalen Militarierungsindex (GMI) des bicc liegt Bangladesch 2024 auf Platz 118 unter 151 Staaten und weist folglich nur einen schwachen Militarierungsgrad auf.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 2.820 US-Dollar (2024) gehört Bangladesch der Weltbank zufolge gegenwärtig zu den Ländern mit niedrig-mittlerem Einkommen („lower-middle income economies“). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2023 23,2 % und Bangladesch schuldet dem Internationalen Währungsfonds aktuell fast 2,9 Mrd. US-Dollar.

Die Wirtschaft Bangladeschs ist seit 2008 um durchschnittlich mehr als sechs % pro Jahr gewachsen, 2020 brach das Wachstum jedoch leicht ein und erreichte nur noch ein Plus von 3,4 % (2019: 7,9 %). Der Rückgang ist auf die Folgen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen und angesichts der schweren weltweiten Rezession positiv hervorzuheben. Bereits 2021 lag das BIP-Wachstum wieder bei 6,9 % und seither jährlich nie unter 4,2 %. Zurückzuführen ist das hohe Wirtschaftswachstum insbesondere auf eine zunehmende industrielle Produktion. Der Anteil der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist seit den 1980er Jahren kontinuierlich gesunken: Lag er 2013 noch bei 15,5 %, betrug er 2024 nur noch 11,2 %. Da dieser Sektor als besonders sensibel gilt (anfällig für Klima- und Wetterbedingungen, arbeitsintensiv, gleichzeitig nur geringe Wertschöpfung), besteht hier theoretisch keine besondere Vulnerabilität mehr. Jedoch gilt Bangladesch weltweit als eins der anfälligsten Länder in Bezug auf den Klimawandel, insb. im Hinblick auf den Anstieg des Meeresspiegels und Naturkatastrophen. Im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil der Industrie (inkl. Baugewerbe) von

26,3 auf 34,1 %. Auch das Verarbeitende Gewerbe stieg von 16 % im Jahr 2013 auf 22 % im Jahr 2024. Der Dienstleistungssektor ist (mit aktuell rund 51 %) bereits seit den 1990er Jahren sehr wichtig. Rohstoffförderung spielt hingegen keine Rolle.

Der Exportsektor machte zuletzt rund 10,5 % der Wirtschaftsleistung aus. Der Anteil ist seit 2012 kontinuierlich gesunken, von einem damaligen Höchstwert von 20,2 %. Bangladesch konnte seine Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt nur leicht zu diversifizieren; diese ist im Hinblick auf das Einkommensniveau des Landes daher unterdurchschnittlich komplex. Exporte bestehen zudem zu einem extrem großen (meist mehr als 80 %) Anteil aus Textilien. Zudem gilt die Abhängigkeit von Rücküberweisungen aus dem Ausland (remittances) als problematisch hoch (2024 lag der Anteil bei 6,1 % an der gesamten Wirtschaftsleistung). Der Anteil offizieller Entwicklungshilfe ist mit unter 1 % jedoch unbedenklich.

Schätzungen zufolge sind bis zu 85 % der Beschäftigungsverhältnisse in Bangladesch im informellen Sektor. Dieser könnte mehr als 50 % des BIPs ausmachen. Alle hier angeführten Daten sind entsprechend kritisch zu bewerten.

Soziale Entwicklung

Bangladesch nimmt auf dem Human Development Index (HDI) 2023 Platz 130 von 193 Ländern ein. Mit einem HDI-Wert von 0,685 gilt Bangladesch in den HDI-Kategorien als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“. Obwohl seit 1990 (HDI-Wert von 0,397) eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen ist, liegt das südasiatische Land im Vergleich mit den Nachbarländern noch immer deutlich hinter Sri Lanka und den Malediven und knapp hinter Bhutan. Nur Nepal und Myanmar liegen deutlich hinter Bangladesch. Deutschland lag 2023 auf dem fünften Platz. Bangladesch gehört seit 1975 zu der von den UN definierten Gruppe der LDC („Least Developed Countries“); es soll voraussichtlich am 24. November 2026 in die Kategorie der „Moderately Developed Countries“ aufsteigen.

Die Arbeitslosigkeit lag im Jahr 2024 schätzungsweise bei nur 3,6 %, die Jugendarbeitslosigkeit bei 9,1 % (ILO-Schätzungen). Im Jahr 2022 lebten 5,9 % der Menschen in Bangladesch mit weniger als 3,0 US-Dollar am Tag in extremer Armut; 21 % lebten von weniger als 4,20 US-Dollar am Tag. Somit steht Bangladesch hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 1 („no poverty“) dem Sustainable Development Report zufolge vor signifikanten Herausforderungen. Gerade letzter Prozentanteil ist äußerst bedenklich. Jedoch muss auch angeführt werden, dass der Anteil, der in absoluter Armut lebenden Menschen Anfang der 1990er noch bei rund 50 % lag (der Anteil der 4,20 Dollar Grenze sogar bei 78 %). Damit konnten also durchaus bereits große Erfolge erzielt werden.

Mit einer Müttersterblichkeit von 115/100.000 (2023) und einer Säuglingssterblichkeit von 24/1.000 (2023) steht es auch hinsichtlich SDG 3 („good health and well-being“) vor erheblichen Herausforderungen. 40 Millionen Menschen sind in Bangladesch laut Welternährungsprogramm zudem weiterhin unterernährt (Gesamtbevölkerung: 173,5 Mio.). Bangladeschs Bevölkerung ist sehr jung und wächst jährlich um circa ein Prozent. Auf dem Gini-Index, der die Einkommensungleichheit in einem Land misst, erzielte Bangladesch 2022 einen Gini-Koeffizienten von 30,9. Er ist im Verhältnis zu 2016 (32,4) minimal gesunken. Damit steht Bangladesch auch hinsichtlich SDG 10 („reduced inequalities“) vor signifikanten Herausforderungen, auch wenn der Gini-Koeffizient keinen außergewöhnlich hohen Wert darstellt.

Die Bildungsausgaben betragen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 1,8 % am BIP (2023 ebenfalls 1,8 %). Parallel dazu beliefen sich die Gesundheitsausgaben auf durchschnittlich 2,3 % (2022: 2,4 %). Dies sind vergleichsweise sehr niedrige Anteile. Zwar sind die Anteile am BIP der Ausgaben für Bildung und Gesundheit größer als der Anteil der Militärausgaben (2024: 0,9; durchschnittlich 1,1 %), die absoluten Militärausgaben sind jedoch in den letzten

Jahren kontinuierlich gestiegen, auf fast vier Milliarden US-Dollar in 2024. Damit haben sie sich im Vergleich zu 2010 (2,4 Mrd. US-Dollar) verdoppelt. Der starke Anstieg der absoluten Militärausgaben, der sich wohl auch zukünftig fortsetzen wird, ist insbesondere auf das militärische Modernisierungsprogramm „Forces Goal 2030“ zurückzuführen. Im Ranking des Globalen Militarierungsindex (GMI) des bicc liegt Bangladesch 2024 auf Platz 118 unter 151 Staaten und weist folglich nur einen schwachen Militarierungsgrad auf.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

